

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Vliken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 21.

Nummer 37

Düsseldorf, den 13. September 1930

Versandort Krefeld

Um Wirtschaft und Volksstaat

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Reichstagswahl / Die Arbeiterschaft zum 14. September

Um Wirtschaft und Volksstaat geht der Kampf am 14. September. Der Ausfall dieser Reichstagswahl ist insbesondere für das schaffende Volk von entscheidender Bedeutung.

Soll das deutsche Volk durch eine weitsehende Staatspolitik aus unserer Notzeit heraus oder durch engstirnige Agitationspolitik der Parteien in noch größere Not hineingeführt werden?

Soll die zerrüttete Wirtschaft durch eine zielbewusste Wirtschaftspolitik wieder gefestigt und befähigt werden, dem Dreimillionenheer der Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit und Verdienst zu geben, oder soll durch falsche Interessenpolitik wie durch unsinnige Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden die Gesamtwirtschaft noch stärker abgedrosselt, die Arbeitslosigkeit noch weiter gesteigert werden?

Wollen wir ein vom Geiste christlicher Bruderliebe getragenes, wahrhaft soziales Wirtschafts-, Staats-, Gesellschafts- und Kulturleben aufbauen, oder soll unser Volk in Materialismus und Mammonismus, durch Klassen- und Rassenhaß zugrunde gehen?

Auf diese Fragen heißt der 14. September Antwort. Sie kann nicht schwer fallen.

Drei Parteien geben vor, Arbeiterparteien zu sein, die Interessen der Arbeiter am besten vertreten, ihr Wohl am wirksamsten fördern zu können: die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei. Jede preist ein Allheilsmittel an zur Behebung aller Nöte. So wenig es jedoch ein Allheilsmittel gibt gegen alle Krankheiten, von denen die Menschen heimgesucht werden, so wenig läßt sich unsere Wirtschafts-, Volks- und Staatsnot durch irgend einen „Ismus“ beseitigen. Wer auf solche Kurpfuschereklame hereinfällt, ist von vorneherein betrogen und vermehrt nur das Uebel.

Wer der Arbeiterschaft helfen will, muß zunächst alle Kräfte einlegen zur schnellen Milderung und baldigen Ueberwindung der Wirtschaftskrise, muß den Arbeitslosen Arbeit und Verdienstmöglichkeit geben. Das ist nur möglich, indem:

1. auf dem Innenmarkt die Preise gesenkt werden und die Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten entsprechend vermehrt wird,
2. durch Senkung der Produktionskosten die Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt wesentlich gesteigert wird,
3. die Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden saniert werden, um das durch unsere öffentliche Schulden- und Finanzmißwirtschaft geschwundene Vertrauen zurückzugewinnen.

Sozialistische Regierungskunst

21 Monate hat die Sozialdemokratie die Reichsregierung unter dem Kanzler Hermann Müller geführt. Was hat sie in dieser Zeit getan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Nichts, aber auch gar nichts! Sie hat im Gegenteil unter ihrem Reichsfinanzminister Hilferding eine Finanzkrise größten Ausmaßes herbeigeführt. Damals standen wir vor einer Katastrophe. Die Unfähigkeit und falsche Finanzpolitik des sozialistischen Finanzministers hat die Wirtschaftskrise wesentlich verschärft und die Arbeitslosigkeit ganz erheblich gesteigert. Es sei nur auf folgende Tatsachen hingewiesen:

Das Defizit in der Reichskasse war auf 1,8 Milliarden RM. gestiegen. Das Reich konnte seine Zahlungspflichten gegenüber Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung nicht mehr erfüllen. Hilferding versuchte durch sehr gewagte Experimente weiteres Geld gepumpt zu erhalten. Der Kredit war jedoch verloren.

An langfristigen Anleihen hatten wir 1928 von den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch 1,5 Milliarden RM. hereinbekommen, im Jahre 1929 nur noch 350 Millionen. An Inlandsanleihen wurden 1928 noch 3 Milliarden aufgebracht, 1929 nur noch 1 Milliarde. Die Kapitalerlösen der Gesellschaften sanken von 1,15 Milliarden im Jahre 1928 auf 380 Millionen im Jahre 1929.

Als Frankreich während der Reparationsverhandlungen seine Guthaben aus Deutschland zurückzog, ging

der Wert der Mark rapide zurück. Wir wurden von einer neuen Inflation stärkstens bedroht. Die Reichsbank mußte mit der Abgabe von Gold und Devisen bis zur äußersten Grenze gehen, um die Mark zu stützen. Ihr Bestand an Deckungsmitteln sank in kurzer Zeit von 60 auf 40,95 Prozent. Sie mußte Kredite koningentieren, den Diskontsatz auf 7½ Prozent erhöhen.

Kapitalflucht, Verteuerung der Produktionskosten, Absatzstokungen, zahlreiche Zusammenbrüche von Unternehmen und Betriebsstilllegungen, starke Steigerung der Arbeitslosigkeit waren die schlimmsten Folgen dieser sozialistischen Finanzwirtschaft.

Im Mai 1929 schrieb Hilferding eine Notanleihe von 500 Millionen aus. Um insbesondere das ins Ausland geflüchtete Kapital wieder anzulocken, gewährte er den Anleihezeichnern günstigere Bedingungen, vor allem Steuerbefreiung, und den Steuerhinterziehern Straffreiheit. Trotz aller Lockungen und trotz Hinausschiebung des Zeichnungstermins sind von den erhofften 500 Millionen noch nicht 180 Millionen hereingekommen.

Der Bankrott der Hilferdingschen Finanzpolitik

war offensichtlich. Jedes Vertrauen war geschwunden. Das ins Ausland geflüchtete Kapital wurde von Sachverständigen auf 8 Milliarden RM. geschätzt. Entsprechend der schwindenden Unternehmungslust stieg die Zahl der Arbeitslosen.

Ende 1929 betrug der Kassenbedarf 1,7 Milliarden. Selbst mit den gewagtesten Experimenten vermochte Hilferding diesen Betrag nicht mehr aufzubringen. Um die Zahlungsunfähigkeit — beim Geschäftsmann sagt man Bankrott — abzuwenden, mußte sich die Regierung den harten, ultimativen Bedingungen des Reichsbankpräsidenten Schacht fügen. Noch nie ist der Einfluß des Bankenkapitals und der Bürokratie auf Regierung und Gesetzgebung so groß gewesen, als unter dem sozialistischen Reichskanzler Müller und seinem Fraktionsgenossen Reichsfinanzminister Hilferding. Letzterer hatte vollständig abgewirtschaftet. Er mußte gehen. Nichts kennzeichnete die trostlose Finanzmisere treffender, als das vergebliche Bemühen des Reichskanzlers Müller, einen anderen Sozialisten zur Uebernahme des Reichsfinanzministerpostens zu bewegen. Keiner fand den Mut, das unselige Erbe Hilferdings anzutreten.

So hatte die Sozialdemokratie erneut den Beweis ihrer Unfähigkeit erbracht, große Aufgaben verantwortungsbewußt zu lösen. Sie bleibt im Formalismus stecken, bleibt wirklichkeitsfremd. Durch ihr Versagen gefährdet sie stets wieder Wirtschaft und Volksstaat, verhindert sie den sozialen Fortschritt, wird sie zum Schrittmacher der politischen wie der sozialen Reaktion.

Das hat sich nicht nur im Reich gezeigt, sondern überall, wo der Sozialismus zur Macht gelangte: im roten Sachsen, im roten Thüringen, im roten Berlin. Leider kommt den Arbeitern jedes sozialistische Experiment teuer zu stehen. Jetzt zahlen sie es vor allem mit vermehrter Arbeitslosigkeit, Verdienstausfall, höheren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, Verminderung der Leistungen, höheren Steuern.

Durch Senkung der überhöhten Zins- und Provisionsätze der Banken, Vereinfachung, Abbau und Verbilligung des viel zu großen und viel zu teuren Verwaltungsapparates, der übermäßigen Gehälter und Pensionen müssen wir zum Abbau der Steuerlasten und damit zu einer Steigerung der Kaufkraft gelangen. Insbesondere sind die überspannten Kartellpreise abzubauen, und ist die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis zu verringern. Jede Preissenkung und Kaufkraftsteigerung bringt vermehrte Arbeitsmöglichkeit, lindert die Not der Arbeitslosen.

Was hat die Sozialdemokratie in den 21 Monaten ihrer Regierungsführung auf dem Gebiete geleistet? Nichts! Sie hat im Gegenteil die Bemühungen der christlichen Gewerkschaften bekämpft, die schon seit Jahren wirksame Maßnahmen forderten für einen gründlichen Preisabbau.

Die Krise hätte nicht das heutige Ausmaß, die Arbeitslosennot wäre nicht so hoch gestiegen, wenn die Sozialdemokratie und die sozialistischen Gewerkschaften die Forderung auf Preisabbau damals wirksam unterstützt hätten.

In einem war die Sozialdemokratie stets groß, in der schärfsten Kritik an allem, was andere tun oder lassen. Man mag zur neuen Regierung stehen wie man will, sie hat in wenigen Wochen mehr geleistet zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die Sozialdemokratie in 21 Monaten ihrer Regierungsführung. Durch Verschärfung der Kartellverordnung rückt sie dem Preiswucher mancher Kartelle und Monopolfirmen kräftig zu Leibe. Die Reichsbahn gibt noch in diesem Jahre vermehrte Aufträge heraus im Werte von 350 Millionen Reichsmark, die Reichspost für 200 Millionen Reichsmark. Für Durchführung eines Wohnungsbauprogramms sind 100 Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Für die Durchführung eines Straßenbauprogramms 100 Millionen. Diese großen Aufträge, die über das normale Bauprogramm hinausgehen, ermöglichen die Neueinstellung von mehreren hunderttausend Arbeitern.

Wichtig ist vor allem die Sanierung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden, um das Vertrauen in ihrer Finanzwirtschaft zurückzugewinnen und in größerem Ausmaße Auslandsanleihen auch für unsere Wirtschaft herbeizubekommen.

Alle Arbeiter sind durchdrungen von der Notwendigkeit einer wirksamen

Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

Wirtschaft und Staat wurden jedoch durch die sozialistischen Regierungskünste schwerstens geschädigt und in ihren Grundlagen bedroht. Deshalb gilt es am 14. September zu verhindern, daß die Sozialdemokratie erneut mit ihren Experimenten Wirtschaft, Staat und Volk gefährden kann.

Keine Stimme einer Partei, die sich vor der Verantwortung drückt, die das Parteiinteresse über Staats- und Volkswohl stellt.

Keine Stimme aber auch den Parteien, die grundsätzlich Gegner des Volksstaates und des demokratischen Regierungssystems sind, die uns mit einer Diktatur beglücken möchten. Das deutsche arbeitende Volk ist reif für eine gesunde Demokratie, die jedoch nicht auf dem Boden des doktrinären Sozialismus gedeihen kann. In pflichtbewußtem Handeln und Opfern für das Gesamtwohl muß wahre Demokratie ihre Daseinsberechtigung erweisen. Ein gesundes Wirtschafts-, Staats-, Gesellschafts- und Kulturleben läßt sich nie gründen auf Mammonismus und Materialismus, sondern nur durch Verwirklichung der christlichen Lehre von der Bruderliebe. Dafür haben wir uns am 14. September zu entscheiden.

Verantwortungslosigkeit

Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse sucht den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung so darzustellen, als ob die anderen Parteien sie hinausgedrängt hätten. Zu diesem Zweck sollen die übrigen Parteien vorher schon unter sich verhandelt haben. „Die Flucht ins Freie“ überschrieb eine Reihe sozialdemokratischer Zeitungen die Rechtfertigungsartikel ihrer Zeitungen. Alle diese Neußerungen konnten die Freude nicht unterdrücken, jetzt von der Regierungsverantwortung erlöst zu sein und die Freiheit ungehemmter Opposition und Agitation wiedererlangt zu haben. Auch die von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse jetzt im Wahlkampf betriebene demagogische und verlogene Agitation beweist zur Genüge die innere Freude, daß man wieder Opposition, d. h. eine hemmungslose demagogische Heße betreiben kann.

Damit haben Sozialdemokratie und sozialistische Gewerkschaften bewiesen, daß ihnen das Schicksal der drei Millionen Arbeitslosen gleichgültig ist, wenn nur die Agitation blüht. Diese Sorge überläßt sie getrost den anderen. Es ist eine beispiellose Verantwortungslosigkeit, wenn die größte deutsche Partei, die Sozialdemokratie, sich verschämt auch noch Arbeiterparteien nennt und aus rein agitatorischen Gründen mehr als drei Millionen Arbeitslose ihrem Schicksal überläßt.

Deshalb hätten wir besser geschrieben:

„Die Flucht vor der Verantwortung aus Feigheit.“

Dummheit oder Böswilligkeit?

Das alte Schlagwort: „Einheit der Arbeiterfront“.

Der „Textilarbeiter“ bringt in Nr. 35/1930 einen mit W. D. unterzeichneten Artikel, betitelt: „Unternehmer in Einheitsfront, Arbeiterfront zerfällt!“ In diesem Artikel wird u. a. folgendes gesagt: „Die christlichen Gewerkschaften sind von Kapitalisten und ihren Handlangern ins Leben gerufen worden, nicht um die Interessen der Arbeiter zu schützen. Ihr Zweck war von vornherein, den freien Gewerkschaften Wasser abzugraben, eine Einheitsfront der Arbeiter zu verhindern zum Schutze des Kapitals.“

Und an einer anderen Stelle heißt es: „Heute spielen Katholiken, wie jammern bekannt, im großkapitalistischen Getriebe eine hervorragende Rolle... zu Gunsten der Klasseninteressen aller Unternehmer gründen sie auch, mit Hilfe Irreführer und egoistischer Spekulanten, die christlichen Gewerkschaften.“ (Von uns gesperrt. D. B.)

Selten ist wohl in so wenig Zeilen soviel handgreiflicher Unfug zusammengetragen worden wie hier. Wir müssen uns nur darüber wundern, wie der „Textilarbeiter“, der doch beansprucht, ernst genommen zu werden, solchen „alten Kamellen“ von anno dazumal seine Spalten zur Verfügung stellt, noch dazu auf der ersten Seite. Hätte er den Wahrheitsbeweis für die aufgestellten Behauptungen zu erbringen, so erging's ihm recht übel.

Die christlichen Gewerkschaften selbst brauchen wir solchen Unfug gegenüber nicht in Schutz zu nehmen. Wer nur einigermaßen mit deren Geschichte vertraut ist, der weiß, daß sie im Kampfe groß geworden sind. Auch im Kampf gegen ein unsoziales Unternehmertum. Diesem gegenüber haben sie die Interessen der Arbeiter mit mindestens derselben Energie und demselben Nachdruck vertreten wie die freien Gewerkschaften auch. Ein Beweis dafür ist schon die Tatsache, daß im Laufe der Jahre Tausende von christlich organisierten Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften von den Unternehmern gemäßigelt wurden. Der aus der Vorkriegszeit stammende Ausspruch, die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialistischen, kommt aus Unternehmerkreisen. Er besagt genug.

Wer ist es denn auch gewesen, der z. B. in den letzten Jahren in den Lohnpolitischen Auseinandersetzungen in der deutschen Textilindustrie immer wieder den Ansturm der Unternehmer aushalten mußte? Wir erinnern nur an die gewaltigen Kämpfe in R. Gladbach im Jahre 1928, an die Ausprägungsversuche der Unternehmer in der rheinischen Textilindustrie und ihre Abwehr durch uns. Nach solchen Vorgängen noch zu behaupten, die christlichen Gewerkschaften seien „zum Schutze des Kapitals“ da, ist nichts weiter als Hilflosigkeit oder Demagogie.

Glaubt der „Textilarbeiter“ denn wirklich, durch Anschuldigungen obenerwähnter Art der Arbeiterfront, insbesondere der Textilarbeiterfront, einen Dienst zu erweisen? Glaubt er damit die „Einheitsfront“ der Arbeiterfront schaffen zu können?

Die Einheitsfront der Arbeiter! Was wird mit diesem Schlagwort nicht Schindluder getrieben. Wer hat den die Einheitsfront der Arbeiter verhindert? Geben wir zur Beantwortung dieser Frage einem Manne das Wort, der wie kaum ein zweiter die wirklichen Gründe der gewerkschaftlichen Spaltung selbst erlebt hat. Wir meinen den greisen Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes, den Kollegen Wieber. Er hat in der Jubiläumsschrift der christlichen Gewerkschaften darüber interessante Ausführungen gemacht. Kollege Wieber war 1887 Mitbegründer des „Christlichen Fachvereins

der Former und verwandter Berufsgenossen“ in Duisburg. Dieser Verein verschloß sich 1890 mit dem „Zentralverein der Former“, der unter sozialistischer Führung stand, laut Statut aber religiös und parteipolitisch streng neutral sein sollte. Kollege Wieber schreibt nun wörtlich:

„Einige Jahre ging das Zusammenarbeiten gut; später aber trat eine scharfe Kampfstellung ein zwischen christlicher und sozialistischer Weltanschauung. Eine religiös- (christentums-) feindliche Tendenz machte sich breit in Versammlungen und Konferenzen, vorwiegend von der politischen Seite her hineingetragen. In Dutzenden von Versammlungen habe ich mich herumgestritten, um die christliche Anschauung zu verteidigen.“

Als das Vereinsorgan trotzdem immer wieder religionsfeindliche Artikel brachte, verlangten die Duisburger christlich gesinnten Former strikte Neutralität. Sie drangen damit nicht durch und traten dann 1895 geschlossen aus. Kollege Wieber sagt: „Für mich stand damit endgültig fest, daß eine gemeinsame Organisation zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern nicht möglich war.“

Diese Darlegungen sind typisch für die gewerkschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit. Sie zeigen zugleich die Gründe auf für die Schaffung christlicher Gewerkschaften. Daß solche notwendig wurden, ist Schuld der Leute, die die „freien“ Gewerkschaften zu Rekrutenschulen der sozialdemokratischen Partei und zum Tummelplatz antichristlicher Ideen gemacht haben. Das sind sie auch heute noch. Man beachte nur unseren Artikel: „Theorie und Praxis“.

Wir sind übrigens unbescheiden genug, das Bestehen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht als ein Minus, sondern im Gegenteil als ein Plus der deutschen Arbeiterbewegung zu buchen. Die aus der Ideenwelt unserer Bewegung fließenden ideellen Kräfte sind nicht nur ein mächtiger Antriebs zur Arbeit am Aufstieg des Arbeiterstandes und zur Reform der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, sie sind insbesondere zur Fundamentierung dieser Arbeit einfach unentbehrlich. Diese Fundamentierung erfordert eine geistige Atmosphäre, die die sozialistische Weltanschauung unseres Erachtens nicht zu schaffen vermag.

Noch eines ist zu erwähnen. Der Artikelschreiber des „Textilarbeiter“ schiebt die Schuld an der fehlenden „Einheitsfront der Arbeitnehmer“ den christlichen Gewerkschaften zu. Dabei besteht eine solche Einheitsfront nicht mal im marxistischen Lager. Stehen sich doch Sozialismus und Kommunismus gegenüber wie Hund und Katz. Zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften bestand trotz der weltanschaulichen Verschiedenheit und der organisatorischen Selbstständigkeit beider Gruppen doch oft genug schon eine Einheitsfront, wenn es galt, wirtschaftliche und soziale Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Zu einer solchen sachlichen Zusammenarbeit von Fall zu Fall, ohne Preisgabe der eigenen Selbstständigkeit und Grundzüge, sind die christlichen Gewerkschaften auch künftighin bereit, vorausgesetzt, daß diese Zusammenarbeit beiderseits ehrlich gemeint ist. Die Gefahr für die Arbeiterbewegung und die Arbeiterinteressen liegt darum nicht auf christlicher Seite. Der Artikelschreiber hätte diese Gefahr in der eigenen Verwandtschaft suchen sollen. Der Kommunismus ist der eigentliche Spaltplatz, der die Arbeiterbewegung der Welt bedroht. Und dieser Spaltplatz ist sicher nicht auf christlichem Boden gewachsen. Darum wohl hat der Artikelschreiber des „Textilarbeiter“ dessen Ermahnung „vergessen“.

Verbesserung der Krisenunterstützung

Eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Herrn Reichsarbeitsminister gegenüber in der letzten Zeit mehrfach nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Krisenunterstützung hingewiesen. Wenn auch keine allgemeine Zulassung der Krisenunterstützung auf alle Berufe in Aussicht gestellt worden ist, so wurde doch zugesagt, die schlimmsten Härten zu beseitigen. Die in Aussicht gestellten Maßnahmen sind jedoch unterblieben. Ein weiteres Hinausschieben erscheint uns aber aus den verschiedensten Gründen unverträglich, und wir bitten nochmals dringend um eine Neuordnung der Krisenunterstützung, die wenigstens die schwersten Mängel der jetzt geltenden Bestimmungen beseitigt.“

Durch die abwechselnde Zulassung und Sperre einzelner Berufe ist die Lage völlig unübersichtlich geworden.

Die unterschiedliche Behandlung einzelner Arbeiter trotz gleicher wirtschaftlicher Bedrängnis wird von den Betroffenen als Härte und Ungerechtigkeit empfunden.

Nicht mehr zu rechtfertigen ist der grundsätzliche Ausschluss aller Saisonarbeiter von der Krisenunterstützung. Es ist bekannt, daß sowohl Bauarbeiter als auch Ziegler und andere Saisonarbeiter oft nicht mehr in der Lage sind, während der Saison eine Anwartschaft für die Arbeitslosenunterstützung zu erwerben, weil die Beschäftigungslage zu schlecht ist.

Für die Angehörigen der Saisonberufe muß die Krisenunterstützung wenigstens für den Fall zugelassen werden, daß nur 13 Wochen Anwartschaft erworben werden konnten.

Dies ist um so mehr begründet, als die Saisonarbeiter besonders unter der Abschließung der Gemeinden gegen fremden Zugang leiden. Fast alle Gemeinden, vornehmlich auch die Großstädte, sind dazu übergegangen, Arbeitgeber, die städtische Arbeiten ausführen, zu verpflichten, nur Arbeitslose aus der Stadt anzustellen. Die wandernden Saisonarbeiter, die mitunter Jahrzehnte in dieser Stadt gearbeitet haben, werden dadurch um jede Arbeitsmöglichkeit an ihren früheren Arbeitsplätzen gebracht. In einzelnen Wohngebieten der wandernden Saisonarbeiter, z. B. im Eichsfeld sowie in Lippe, ist durch diese Abschließungspolitik der Gemeinden eine außerordentliche Notlage entstanden, die durch das Fehlen der Krisenunterstützung besonders verschärft wird.

Ganz besonders dringend ist die Einbeziehung der Bergarbeiter, Hüttenarbeiter, Bauarbeiter, Maler, Anstreicher, Ziegler, der Arbeiter der papiererzeugenden Industrie, der Kapitäne und Schiffsoffiziere als Inhaber von Befähigungszeugnissen auf großer Fahrt.

Darüber hinaus erscheint uns jedoch eine baldige Neuordnung der gesamten Krisenunterstützung unerlässlich.

bei der auch die Ausdehnung der Bezugszeit zu prüfen ist. Der jetzige Zustand, der einen Teil der Arbeitslosen der Fürsorge des Arbeitsamtes, einen anderen Teil der Fürsorge der Wohlfahrtspflege der Gemeinde überweist, ist unhaltbar. Die einheitliche Betreuung von einer Stelle aus ist dringend erforderlich. Wir sind uns wohl bewusst, daß hierfür Mittel in besonderem Ausmaß erforderlich sind. Indessen ist die steuerliche Belastung gerade der Arbeitnehmer so außerordentlich hoch, daß sie auch Anspruch darauf haben, in der Zeit der Not nicht ohne Hilfe zu bleiben. Soweit durch eine Ausdehnung der Bezugszeit der Krisenunterstützung eine Verschiebung der Lasten zwischen Gemeinden und Reich eintritt, wäre dieser Verschiebung durch den Finanzausgleich Rechnung zu tragen.“

Die Sozialdemokratie

vor und nach dem Umsturz.

Von den Lehrmeistern der Sozialisten ist von Anfang an der Umsturz der alten Ordnung als nötig angesehen und an deren Stelle die Errichtung einer neuen Gesellschafts- und Staatsordnung angestrebt und verheißen worden. Das Proletariat allein sollte nach dem Umsturz die Herrschaft führen, vom Staat und den Produktionsmitteln Besitz ergreifen und die Wirtschaftsordnung nach eigenem Willen gestalten. In einer Erklärung des marxistischen Programms ist gesagt:

„Das Proletariat verlangt die Freisetzung der gesellschaftlichen Kräfte, Ueberführung der Produktionsmittel in öffentliches Eigentum und eine gesellschaftliche Produktion.“

Der Beginn des roten tausendjährigen Reiches, in dem Wohlleben, Würde und Schönheit ist, wurde dem Arbeitsvolk in Aussicht gestellt und zum Zwecke der Erreichung dieses Zieles der Klassenkampf zum Prinzip erhoben und betrieben.

Im November 1918 erfolgte die von den Sozialisten ersehnte und vorbereitete Revolution und der Sturz des alten Regimes. Sozialisten setzten sich nun in die Ministeressel und traten an die Spitze des Reichs und der deutschen Länder. Sie hatten nun die Macht und konnten zur Erfüllung des verheißenen Programms schreiten. Doch dazu kam es nicht. Die sozialistischen Regierungsmänner waren nun den Agitationsmantel ab und ließen das Sozialistensprogramm links liegen. Es hatte seinen Zweck erreicht, die Waffen für die Partei geködert und die Führer in den Sattel gesetzt.

„Arbeit ist das Gebot der Stunde“, erklärten nunmehr die neuen Machthaber den enttäuschten Proleten, die in ihrer Einfeld von ihnen die Errichtung eines sozialistischen Staates mit einem Leben voller Herrlichkeit erwartet hatten. Friedrich Ebert erklärte schon am 1. Dezember 1918, daß nur eiserne Energie den Aufbau des

deutschen Werkes ermöglichen könne: „Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und Liskreditierung des Sozialismus ausschlagen. Beim Wiederaufbau sind Ordnung, Disziplin und Arbeit unerlässlich.“ Und er sagte den Revolutionären, daß das hochentwickelte Wirtschaftsleben Deutschlands nicht einfach diktiert oder mit Maschinenengewehren verewaltigt werden könne. In ähnlicher Weise äußerten sich die sozialistischen Gewalttäter in München in einem Aufruf vom 3. Januar 1919. Sie predigten nun ihren Genossen „Bemunft und Selbstbeherrschung! Tötet nicht die Sinne, die euch goldene Eier legen soll! Ist es wirklich notwendig, einem Arbeiter zu sagen, daß seine erste Pflicht die Arbeit ist?“ Rautsky, der Dogmatiker der Sozialdemokraten Deutschlands, spottete nunmehr über das den Proletariaten so lange hingehaltene sozialistische Wirtschaftsprogramm und höhnte über ihren Wunderglauben. Und etwas später, im Sommer 1920, erklärte der österreichische Minister Bauer: „Der ökonomische Sozialisierungsprozeß ist eine Riesenaufgabe; sie kann nicht von einem Proletariat bewältigt werden, das geistig noch nicht einmal reif genug ist.“ Kund 30 Jahre haben die Sozialdemokraten das Sozialisierungsprogramm als Agitationsmittel benutzt, um es dann, als sie zur politischen Macht gelangt waren, zum alten Eisen zu werfen. Die Masse ward genarrt!

Eine Verordnung über die Arbeitspflicht und ein Streikverbot für das Personal in öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben war eine weitere, den bisherigen agitatorischen Lehren der Sozialdemokratie entgegengesetzte „Tat“ der neuen Männer. In ihrer Verordnung vom 12. November 1918 zur Erwerbslosenfürsorge verlangten die Volkesbeauftragten, daß bei Strafe der Entziehung der Unterstützungsgelder die Erwerbslosen jede nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufes und des Wohnortes anzunehmen hätten. Das war eine starke Einschränkung der verheißenen Freiheit. Ebenso die Streikverordnung.

In der Frage des Streikrechts der Arbeiter und Beamten in den öffentlichen Betrieben haben die So-

zialdemokraten, nach Uebernahme der Regierung 1918/19, eine grandiose Wandlung vollzogen. Bis dahin verlangten sie für diese Kategorien ein ungehindertes Koalitions- und Streikrecht. Sie beschimpften die christlichen Arbeitervertreter, die das Streikrecht ablehnten, als „Verzäher“ und charakterlose Leute, die vor den Behörden des Staates und der Gemeinden „auf dem Bauche herumrutschten“. Schon kurz nach Uebernahme der Regierungsgewalt aber durch ihre Führer ist den Eisenbahnern in Bayern unterm 9. November 1918 ein Revers vorgelegt worden, in welchem sie unterschrieben auf das Streikrecht verzichteten und sich verpflichten mußten, ihre Arbeitskraft der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen. Am 29. Januar 1920 erschien die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, die sich gegen die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe wendet, die heute noch Rechtskraft hat. Sie ist vom „Bormärts“, dem Hauptblatt der sozialdemokratischen Partei, in mehreren Artikeln mit dem Hinweis darauf verteidigt worden, daß es unstatthaft sei, durch Streiks und Sabotage die Zufuhr von Lebensmitteln für die städtische Bevölkerung abzuschneiden oder, wie beim Streik der Elektrizitätsarbeiter, die Kranken in Gefahr zu bringen. In seiner Nummer vom 5. August 1920 verweist das Blatt auf die Schädigungen des Wirtschaftslebens, und sprach ein andermal von „frivolten, gewissenlosen Streikmachern“, von „Verbrechern am Volke“.

Einige Jahre zuvor hatte der „Bormärts“ die Abgeordneten aus dem christlichen Arbeiterlager, die Kollegen Behrens, Becker, Schirmer, als „Totengräber des Koalitionsrechts“ bezeichnet, weil sie sich gegen Eisenbahnstreiks gewandt hatten. Das Blatt sprach von einem „christlichen Januskopf“, von Demagogen, von „Gewerkschaftsführern, die im Interesse der ultramontanen Partei den Grundfag verteidigten, daß Eisenbahner von dem gesetzlich gewährten Staatsbürgerrecht nur nach Vorschrift der Behörden Gebrauch machen dürften“. Nun auf einmal, als die höchsten Behörden- und Staatsstellen in den Händen von Sozialdemokraten waren, bekehrte sich der „Bormärts“ zu der Ansicht der christlichen Arbeitervertreter, gleich wie alle sozialistischen Minister, des Reiches, Frau-

Theorie und Praxis

„Tatsächlich sind die freien Gewerkschaften jedoch weltanschaulich neutral. Für den Beitritt zur freien Gewerkschaft wird kein parteipolitisches Bekenntnis verlangt; es wird keine Gesinnung ausgeschlossen, die mit der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen harmonisiert.“

So heißt es in einem mit W. D. unterzeichneten Artikel im „Textilarbeiter“, dem Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Diese Ausführungen verraten eine eigentümliche Auffassung über gewerkschaftliche Neutralität. Neutral ist eine Organisation, wenn sie die verschiedenartige parteipolitische und weltanschauliche Ueberzeugung ihrer Mitgliedschaft respektiert und sich hütet, durch einseitige Stellungnahme für eine bestimmte Partei oder Weltanschauung dem andersgesinnten Teil der Mitglieder vor den Kopf zu stoßen. Finden wir diese Neutralität in den freien Gewerkschaften? O nein. Deren „Neutralität“ sieht, auf den christlichen Arbeiter angewandt, ungefähr folgendermaßen aus: Der christliche Arbeiter ist gut genug als Mitglied der freien Gewerkschaften, deren Reihen zu stärken und deren Einfluß zu erhöhen. Man verlangt von ihm beim Eintritt kein „parteipolitisches Bekenntnis“, schießt ihn nicht seiner Gesinnung wegen aus. Aber, Mitglied der freien Gewerkschaften geworden, muß er zusehen, wie Gewerkschaftsgelder der „neutralen“ freien Gewerkschaften in einseitiger Weise einer Partei, nämlich der sozialdemokratischen Partei, zu Wahlzwecken zur Verfügung gestellt werden. Er muß ferner dulden, daß diese selben „neutralen“ freien Gewerkschaften mit ihrem funktionär- und Presseapparat die Wahlpropaganda für die gleiche sozialdemokratische Partei betreiben. Er muß es sich gefallen lassen, daß seine „neutrale“ Organisation fortgesetzt besteht, ist, als Lesef der sozialdemokratischen Parteipresse und als Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation zu gewinnen. Und endlich muß er ruhig zusehen, wie immer wieder in Versammlungen und in der Presse der „neutralen“ freien Gewerkschaften seine weltanschauliche Ueberzeugung offen oder versteckt, mit einem „wissenschaftlichen Mantelchen“ verbrämt oder in hämischen Glossen heruntergezogen und bekämpft wird. Ist er wackelig genug, sich das alles gefallen zu lassen, dann ist er den freien Gewerkschaften als Mitglied willkommen. Seht er sich aber dagegen zur Wehr, dann hat er bald ausgespielt.

Daß diese unsere Auffassung über

Die „Neutralität“ der freien Gewerkschaften

richtig ist, dafür liefert insbesondere der gegenwärtige Wahlkampf Beweise genug. Das sei an einigen Beispielen dargelegt.

Die Hauptleitung der freien Gewerkschaften ist in der Wahlpropaganda für die sozialdemokratische Partei vorangegangen. In einem Aufruf fordert sie die Mitglieder ihrer Gewerkschaften zur Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten und zur restlosen Unterstützung der sozialdemokratischen Partei auf. Zugleich überwies sie eine Million Mark Gewerkschaftsgelder dem Wahlfonds der Partei.

Das Beispiel der Hauptleitung fand Nachahmung. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, berichtet in Nr. 395 vom 24. August über den Verbandstag des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wie folgt:

„Am bedeutungsvollsten aber ist wohl die Stellungnahme des Verbandstages zu den Reichstagswahlen. Nachdem der Bundesvorstand des A.O.B. seinen Aufruf erlassen hatte, war zu erwarten, daß auch der Verbandstag der Metallarbeiter im gleichen Sinne seine Mitglieder aufrufen würde, am 14. September für die sozialdemokratische Partei zu stimmen und bis dahin für sie mit Anspannung aller Kraft zu werben. Der Verbandstag hat dies nicht getan, wie man eine nicht zu umgehende Pflicht erfüllt, sondern er hat mit Wärme und Begeisterung sich dieser Aufgabe unterzogen. Man kann wohl sagen, daß sich durch die ganzen Verhandlungen der Gedanke wie ein roter Faden zog, daß die Gewerkschaften ersprießlich wirken können nur an der Seite der sozialdemokratischen und nur ein geistiges Ziel haben können: den Sozialismus.“

Diese geistige Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei, der der Verbandstag lebendigen Ausdruck zu geben gemußt hat, gab ihm seine besondere Bedeutung.“

Der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, richtet am Schlusse eines in Nr. 32/1930 gebrachten Artikels: „Reichstagsauflösung und Neuwahl“, folgenden Appell an die Mitglieder:

„Deshalb vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!“

In Nr. 34 bringt das Blatt den Bericht über eine Gaukonferenz in Schlesien. In diesem wird über die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Schrader folgendes gesagt:

„Kollege Schrader nimmt nun das Wort zur bevorstehenden Reichstagswahl und fordert alle Angestellten und Funktionäre auf, sich im Wahlkampf in den Dienst der sozialdemokratischen Partei zu stellen.“

Die „Bergbau-Industrie“, das Organ des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, bringt in Nr. 32 den Aufruf der Hauptleitung der freien Gewerkschaften und bemerkt dazu:

„Die Generalversammlung unseres Verbandes hat sich der einmütigen Ansicht der freien Gewerkschaften angeschlossen, daß für uns bei der kommenden Wahl nur die sozialdemokratische Partei in Frage kommt.“

Laut „Vorwärts“ vom 1. August 1930 hat der freigewerkschaftliche Baugewerksbund am 30. Juli in einer Sitzung des Vorstandes und des Beirates dieses Verbandes zur Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten bei der kommenden Reichstagswahl aufgefordert. Der Vorsitzende auch dieses parteipolitisch neutralen „freien“ Gewerkschaftsverbandes erklärte nach einem Bericht des sozialdemokratischen „Vorwärts“:

„Es gilt nunmehr, für den neuen Reichstag eine starke sozialdemokratische Fraktion zu schaffen. Daran müssen alle freien Gewerkschaften mitarbeiten, folglich auch der Baugewerksbund.“

Weiter bemerkte der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhard, daß der Verband ohne Umschweife und ohne Zögern sich an die Seite der sozialdemokratischen Partei stellen müsse. Wörtlich heißt es dann weiter im Vorwärtsbericht:

„In der Aussprache bekundeten sich alle Redner zu dem politischen Glaubensbekenntnis ihres Vorsitzenden. Es wurde verlangt, daß auch der „Grundstein“ in ganz unzweideutiger Weise zur Wahl von Sozialdemokraten auffordert.“



Der freigewerkschaftliche Eisenbahnerverband hat in einer Sitzung seines Vorstandes einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 6. August 1930 gibt den Konferenzbericht wieder. Darin heißt es:

„Angesichts der Bedeutung der Reichstagswahlen . . . appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die sozialdemokratische Partei . . . bei der Wahl am 14. September mit aller Kraft zu unterstützen.“

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ vom 29. Juli 1930 berichtet von einer sozialistischen Einheitsfront in Köln. Der Kölner Ortsauschuß der freien Gewerkschaften hat am 28. Juli in einer Sitzung, in welcher der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann sprach, beschlossen, alle freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzufordern, für die sozialdemokratische Partei am Wahltag einzutreten. Der freie Gewerkschaftssekretär Kreibohm gab bekannt, daß ein gemeinsamer Wahlauschuß von Parteigenossen, Gewerkschaftsleitern und Mitgliedern der proletarischen Kultur- und Sportorganisation gebildet worden sei.

Wie wir bereits früher berichtet haben, hat die Konferenz der freien Gewerkschaften Berlin-Brandenburg beschlossen, die sozialdemokratische Partei persönlich und materiell bei der Reichstagswahl zu unterstützen. Ein ähnlicher Beschluß wurde auch von den freien Gewerkschaften für das rheinisch-westfälische Industriegebiet gefaßt. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ vom 1. August 1930 berichtet:

Die Gewerkschaften für die Partei! Kampfwillig und opferbereit.

In Köln nahm am Mittwoch dieser Woche eine Konferenz der Gau- und Bezirksleiter, Ortsauschußsekretäre und leitenden Angestellten der freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe zu der kommenden Reichstagswahl Stellung. Nach einem Referat des Bezirkssekretärs, Abgeordneten Böcker, das unter Darlegung der Grundursachen und Ziele der schweren Kämpfe um die Sozialversicherung die außerordentliche Bedeutung der bevorstehenden Parlamentserneuerung für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder her-

vorhebt, verpflichtet sich die Konferenz zu nachdrücklichster Wahlhilfe für die sozialdemokratische Partei Deutschlands. Als zweckmäßige Einleitung dieser Hilfe und der gewerkschaftlichen Wahlarbeit überhaupt übernahm es außerdem die Versammlung, sofortige Abgabe mindestens eines Gehaltszehntels durch sämtliche Gewerkschaftsangestellte des Bezirks zu veranlassen.“

Aus diesem Beschluß geht hervor, daß alle freien Gewerkschaften von Rheinland, Westfalen und Lippe sich zur

Wahlhilfe für die sozialdemokratische Partei!

verpflichtet haben. Aber das nicht allein. Man will auch den Wahlkampf finanzieren helfen, welches nachstehender Bericht der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ vom 1. August 1930 beweist. Das genannte Blatt veröffentlicht folgendes:

„Donnerstag abend tagte im Kölner Volkshaus eine Zusammenkunft von Kölner Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, Angestellten der „Rheinischen Zeitung“ sowie von sozialdemokratischen Beamten. Sie war einberufen worden von Parteisekretär Lorenz Niedmüller, Gewerkschaftssekretär Albert Kreibohm, Expeditionsleiter Heinrich Kurth und Stadtdirektor Wilhelm Hölken. Nach einer kurzen Aussprache über die materiellen Anforderungen, die dieser Wahlkampf an die Sozialdemokratie stellen werde, wurde in vollkommener Uebereinstimmung empfohlen, daß jeder Parteigenosse, der dazu irgendwie in der Lage sei, zehn Prozent seines Monatsgehalts dem Wahlfonds überweisen solle. Die Anwesenden beschloßen das sofort und einstimmig für ihre Person. Mit besonderem Nachdruck wurde die Solidarität der Gewerkschaften mit der Partei hervorgehoben, die in diesem Wahlkampfe ganz besondere Bedeutung besitzt.“

Hierzu bemerkt das sozialdemokratische Blatt:

„Dieser bemerkenswerte Beschluß deckt sich im Geiste und im Inhalt mit der vorstehend abgedruckten Willenserklärung der Gewerkschaftsangehörigen des ganzen Bezirks Rheinland-Westfalen-Lippe. Beide beweisen, wie groß die Ueberzeugung in maßgebenden Partei- und Gewerkschaftskreisen ist, daß nur das Beispiel nicht, Solche Opferwilligkeit wird eine lebendige Wirklichkeit entfalten. Sie ist Wahlnahrung, die über die materielle Bedeutung ausströmende Kraft für den vor uns stehenden schweren Wahlkampf besitzt.“

Diese Beispiele mögen genügen. Und von dieser Partei, für die die „neutralen“ freien Gewerkschaften so einmütig eintreten, sagte einer der hervorragendsten Führer, nämlich Bebel, daß Christentum und Sozialismus sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser. Damit ist die „Neutralität“ der freien Gewerkschaften genügend gekennzeichnet.

Ein sozialistisches Urteil

Auf die Frage: „Rechtlich ist die Demokratie?“ macht der „Vorwärts“, das Berliner Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, folgende Feststellungen:

Nach den amtlichen Berichten über die deutsche Sozialversicherung wurden für soziale Zwecke aufgebracht in den Jahren:

1913	1921	1929	
Vericherungszweige: (in Millionen Mark)			
Krankenversicherung	582,8	1070,1	2150,0
Unfallversicherung	236,8	144,9	400,5
Invalidentversicherung	290,0	362,5	1092,0
Angestelltenversicherung	138,1	129,4	372,0
Knappschaftliche Rentenversicherung	75,0	147,3	239,3
Arbeitslosenversicherung	—	222,4	1538,6
Summe A	1312,7	2076,6	5792,4

Zuschussleistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden

1913	1924	1929	
Vericherungszweige: (in Millionen Mark)			
Krankenversicherung	—	9,4	27,0
Invalidentversicherung	58,5	109,0	451,0
Knappschaftsversicherung	—	—	56,0
Arbeitslosenversicherung	—	180,9	1042,1
Summe B	58,5	299,3	1576,1
Summe A und B zusammen	1371,2	2375,9	7368,5

Der gesamte Sozialaufwand des Kaiserreichs betrug (1913) 1371,2 Millionen, der Sozialaufwand der viel ärmeren Republik aber (1929) 7368,5 Millionen RM.

Nicht einbezogen sind in diese Summe die 2,5 Milliarden, die in der Republik jährlich für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen verausgabt werden müssen.

Diese Feststellungen des „Vorwärts“ sind außerordentlich beachtlich. Im Lande nämlich gehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften immer wieder damit hausieren, was für eine sozialreaktionäre Politik die sogen. Bürger-Regierung betrieben habe. Trotzdem können auch sie, wie die Feststellungen des „Vorwärts“ zeigen, nicht bestreiten, welche gewaltige Steigerung die sozialen Aufwendungen unter der Bürgerblock-Politik, und insbesondere unter der Tätigkeit des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, genommen haben.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften vergessen nur, hinzuzufügen, daß Herr Wissell, ihr Minister, diese Leistungen wieder abgebaut hat.

Christliche Gewerkschaften und politische Parteien

Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, schreibt darüber im „Deutschen“:

Das Bild der aufmarschierenden Parteien weist gegenüber früheren Zeiten einige Veränderungen auf. Von Konzentration und Zusammenschluß ist wenig zu spüren. Die Zahl der Parteien hat sich nicht verringert. Alte und neue Parteien werben um Stimmen, nicht zuletzt auch um die Stimmen der christlichen Arbeiterschaft. Angelehnt an die auch der Tatsache, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sich in verschiedenen Parteien betätigen und mit in den Wahlkampf hineingezogen werden, bedarf die bei solchen Gelegenheiten erklärlicherweise aufgeworfene Frage der Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Parteien einer kurzen Erörterung.

In den auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1899 in Mainz angenommenen Leitlinien, die trotz späterer Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgaben und der Vertiefung der geistigen Grundlagen der Bewegung auch heute noch als Richtschnur der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften angesehen werden müssen, heißt es u. a.: daß die christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch sind. Damit ist keineswegs eine politische Uninteressiertheit oder politische Neutralität festgelegt, sondern lediglich eine parteipolitische Bindung und Betätigung abgelehnt. Da die Gestaltung der Arbeiterschaft außer von der Gewerkschaftsbewegung auch stark von der Gesetzgebung bestimmt wird, ist es für die Gewerkschaften unmöglich, schlechthin politisch neutral zu sein. Dagegen ist aber für jede Gewerkschaft, die Wert darauf legt, nicht nur Mitglieder von einer Partei zu haben, die parteipolitische Neutralität geboten. Hieran haben die christlichen Gewerkschaften von jeher festgehalten, und auch der gegenwärtige Wahlkampf ändert daran nichts. Die christlichen Gewerkschaften unterscheiden sich hierin von den freien Gewerkschaften, die sich eindeutig und offen nur zur Sozialdemokratischen Partei bekennen. Die materielle und geistige Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei durch die freien Gewerkschaften ist kaum jemals so scharf in die Erscheinung getreten wie in diesem Wahlkampf. Damit wird die Klarheit über die Standorte der Gewerkschaftsrichtungen nur noch stärker herausgestellt.

Die christlichen Gewerkschaften zählen Anhänger verschiedener Parteien als Mitglieder. Wenn man über den Rahmen der christlichen Gewerkschaften, deren Mitglieder sich meist zur Zentrumspartei, Bayerischen Volkspartei, zum Christlich-Sozialen Volksdienst und auch zu der neuen Deutschen Staatspartei bekennen, hinausgeht und die im D.G.B. zusammengefaßte christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung insgesamt in Betracht zieht, wird die parteipolitische Zusammenfassung noch vielfältiger. Was die Zusammenfassung beim D.G.B. ohne Schwierigkeiten erkennen läßt, tritt auch bei der Gliederung der christlichen Gewerkschaften zutage: nämlich die Notwendigkeit parteipolitischer Eigenstellung als Mitvoraussetzung für möglichst sicheren Bestand und weitere Entwicklung der Bewegung. Selbstverständlich bleibt es dem einzelnen Mitglied der Bewegung unbenommen, sich in der Partei, zu der es sich bekennt, zu betätigen, jedoch berechtigt das nicht dazu, dort Erklärungen abzugeben, die die Bewegung selbst binden sollen. Daß übrigens die Betätigung der Mitglieder in den Parteien im Sinne der sozialen sowie berufs- und standespolitischen Bestrebungen der Bewegung geschieht, wird vorausgesetzt; ebenso wie die Tatsache, daß sich die Bewegung die Freiheit der Kritik und Stellungnahme, insbesondere gegen solche Parteien, die sich durch ihr Verhalten schließlich von selbst von den Arbeitern abschließen, vorbehält.

Nun aber stehen die christlichen Gewerkschaften in diesem Wahlkampf scharf gegen die Sozialdemokratie. Sie weichen damit von ihrer Grundlage und dem für sie geltenden Neutralitätsbegriff nicht ab, sondern sie führen diesen Kampf gemäß ihrem Wesen aus innerer Verpflichtung heraus. Als christliche Gewerkschaften stehen wir im Gegensatz zur Sozialdemokratie und führen den Kampf auch gegen die Kräfte, die gegenständig zum Christentum stehen. Die Gegenständigkeit zwischen Christentum und Sozialismus ist offenkundig und auch mit schönen Worten nicht aus der Welt zu schaffen. Der Sozialismus, dessen politischer Exponent die Sozialdemokratie ist, ist nicht nur Verwüster eines ökonomischen Systems, sondern auch Träger einer Weltanschauung. Weil dem so ist und die freien Gewerkschaften von ihrer engen Verbindung mit der Sozialdemokratie nicht ablassen und die christentumsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie unterstützen, gründeten christlich gesinnte Arbeiter eigene christliche Gewerkschaften. Sie haben damit von vornherein den Grenzstrich gegenüber dem Sozialismus als Weltanschauung gezogen. Diese Abgrenzung gilt heute wie früher, es ist auch darin keine Änderung eingetreten. Nach wie vor steht der Sozialismus als Vertreter der materialistischen Geschichts- und Lebensauffassung im Gegensatz zu den Lehren und Forderungen, die sich aus dem Christentum ergeben.

Die parteipolitische Zusammenfassung und geistige Grundlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung können — das sei offen ausgesprochen — für die Bewegung, besonders auch für die Führung derselben, Schwierigkeiten mit sich bringen. Besonders kann das dann der Fall sein, wenn Parteien, in denen Anhänger der christlichen Gewerkschaften vertreten sind, sich in Koalition und Opposition gegenüberstehen. Es haben sich aber nie solche Schwierigkeiten ergeben, daß dadurch die im Rahmen der gesamten Volksinteressen zu leistende gemeinsame Arbeit für die wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung des arbeitenden Volkes beeinträchtigt worden wäre. Dieses wird auch daraus erklärlich, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung engen und einseitigen Parteigeist vermeint und die Gemeinschaftsarbeit mit allen, die ehrlich im Dienste des Gemeinwohls mitarbeiten wollen, als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Ueberwindung des engen Klassen- und Interessenstandpunktes ansieht. Andererseits schafft aber auch die Zusammenfassung der Bewegung — um hier nicht das Wort von den sogenannten „Querverbindungen“ zu gebrauchen — nützbringende weitere Wirkungs- und Ausstrahlungsmöglichkeiten. Was einerseits Schwierigkeiten mit sich bringen kann oder

Die Bilanz

21 Monate sozialistische Sozialpolitik.

Mit Wasser wird überall gekocht; bei der Sozialdemokratie wird sogar mit sehr viel Wasser gekocht. Immerhin haben selbst Pessimisten nicht geglaubt, daß die Wasser-suppen der sozialdemokratischen Regierungstätigkeit so dünn und so mager ausfallen würden, wie es sich jetzt mehr und mehr herausstellt. Die Arbeitnehmer hatten allen Grund zu der Erwartung, daß die Sozialdemokratie als stärkste Regierungspartei sich mit aller Kraft für soziale Fortschritte einsetzen werde; denn die Versprechungen, die Reichskanzler Müller in seiner Regierungserklärung am 3. Juli 1928 abgab, ließen an Reichhaltigkeit wirklich nichts zu wünschen übrig.

Was wurde versprochen? Was wurde von dem Versprochenen Wirklichkeit?

Die Sozialdemokratie hat sich aus der Mitbestimmung der Reichspolitik hinausmanövriert; sie will sich das „süße Brot der Opposition“ schmecken lassen und dabei ein bequemes Dasein führen. Sie spekuliert jetzt auf das kurze Gedächtnis der Arbeiterschaft und hofft, ihre Tat- und Unterlassungssünden würden umso schneller vergessen, je kräftiger sie auf die neue Regierung schimpft. Soweit die christliche Arbeiterschaft in Frage kommt, wird sich die Sozialdemokratie gründlich verrechnen. So kurz, wie sie hofft, ist unser Gedächtnis nicht. Die einundzwanzig Monate, in denen Herr Wisell das Reichsarbeitsministerium „führte“, waren ein recht lebendiger Anschauungsunterricht dafür, wie sehr die Sozialdemokratie gerade in der Arbeitnehmerpolitik versagt. All die großen Versprechungen, die der sozialdemokratische Kanzler und der sozialdemokratische Arbeitsminister verschwenderisch ausstreuten, sind unerfüllt geblieben.

Wie tapfer konnte doch, um das sinnfälligste Beispiel herauszugreifen, die Sozialdemokratie über die christlichen Gewerkschaftsvertreter schmähen, die vor drei Jahren dem

Arbeitszeit-Notgesetz

zustimmten. Wie sehr hat sie das Arbeitszeit-Notgesetz verlästert, es als „Unternehmerchutzgesetz“, als Dokument finsterner Reaktion verächtlich gemacht. Und wie wenig hat die Sozialdemokratie, als sie zur Macht kam, sich bemüht, das Arbeitszeit-Notgesetz durch ein besseres, vollkommeneres Arbeiterschutzgesetz abzulösen! Reichskanzler Müller wies in seiner Regierungserklärung am 3. Juli 1928 auf

das Arbeiterschutzgesetz

als eine der dringendsten Aufgaben hin, und Herr Wisell hat in seinen Reden die Notwendigkeit der Verabschiedung des Arbeiterschutzgesetzes stärkstens unterstrichen. Bisher haben trotz Müller und Wisell die entscheidenden Beratungen über das Arbeiterschutzgesetz noch nicht einmal begonnen. Ja, die Sozialdemokratie hat durch die großen Arbeitszeiterhebungen des A. D. G. B. sogar festgestellt, daß durch das von ihr verhängte Arbeitszeitnotgesetz das Ueberstundenwesen erheblich gebessert wurde; sie hat durch ihre eigenen Feststellungen die positive Stellungnahme der christlichen Gewerkschafter zum Arbeitszeitnotgesetz glänzend gerechtfertigt.

Die Regierung Müller-Wissell versprach die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsübereinkommens.

Dieses Versprechen liegt fast zwei Jahre zurück, und noch immer sind wir von der Ratifizierung weit entfernt. Müller und Wisell wollten auch den

sozialpolitischen Schutz der Jugendlichen

und den Ausbau der Arbeitsaufsicht kräftig fördern. Nur haben wir ebensowenig wie die sozialistische Arbeiterschaft etwas davon gemerkt. Für die Bergarbeiter, die Seeleute, die Hauswirtschaft und die Landwirtschaft wurden besondere soziale Schutzgesetze angekündigt, die sogar nach vor dem Arbeiterschutzgesetz erledigt werden sollten. Bis jetzt ist nichts daraus geworden.

Die Regierungserklärung Hermann Müllers sagte: „Der Heranbildung eines ausreichenden Stammes von Facharbeitern muß durch eine umfassende Regelung der Berufsausbildung Rechnung getragen werden.“

Die Beratungen über das Berufsausbildungsgesetz stecken noch in den Anfängen.

Auch die Angestellten sind von Müller-Wissell schwer enttäuscht worden. Die Regierung versprach, zu prüfen, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellter wirksam

gesteuert werden könne. Ms Müller und Wisell aus der Regierung ausgeschieden, waren sie noch immer mit dem „Prüfen“ beschäftigt. Die neue Novelle zur Angestelltenversicherung bedeutet sogar einen Rückschritt. Die Selbstverwaltung soll noch unter das Maß dessen herabgedrückt werden, was das kaiserliche Deutschland vor zwanzig Jahren bewilligte.

Was ist aus den Müller-Wissellschen Versprechungen für die

Neugestaltung des Tarif- und Arbeitsvertragsrechts

geworden? Die Entwürfe hierüber sind Entwürfe geblieben. Sogar klare und unzweideutige Versprechungen wurden nicht erfüllt. In seiner Etatsrede vom Juni 1929 kündigte Wisell für „demnächst“ eine große amtliche Denkschrift zur

Verteidigung des Schlichtungswesens

an. Der Reichstag hat diese Denkschrift bis zum heutigen Tage nicht zu sehen bekommen. Und daß die praktische Schlichtungstätigkeit unter Wisell besonders erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hätte, wird auch niemand behaupten können. Hat doch selbst im entscheidenden Augenblick, während des großen Kampfes in der Ruhreisenindustrie, Wisell sich die Führung von Seering aus der Hand nehmen lassen. Nachher nahm Wisell zwar scharf Stellung gegen das Reichsarbeitsgerichtsurteil, das den Einmännlichspruch unmöglich machte. Aber er hat nichts getan, um die Zulässigkeit des Einmännlichspruches wieder herzustellen.

Die Regierung wollte, und Herr Wisell hat es stark hervorgehoben,

die Sozialversicherung

rationalisieren, um sie noch leistungsfähiger zu machen. Auch das ist nicht geschehen. Die sogenannte „Reform“ der Arbeitslosenversicherung im vorigen Jahre hat uns im Gegenteil einen Abbau derselben gebracht. Die Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze sollte geprüft werden; sie wird noch immer geprüft.

In den übrigen Zweigen der

allgemeinen Sozialpolitik

liegen die Verhältnisse ebenso:

Den Kleinternen sollte ein reichsgefetzlicher Anspruch auf verstärkte Hilfe gesichert werden. Abermals ein unerfülltes Versprechen.

Für die Kriegsbeschädigten kündigte die Regierungserklärung mit schönen Worten Verbesserungen an. Das materielle Recht der Kriegsbeschädigten ist nicht nur nicht verbessert, wohl aber in einer ganzen Reihe von Punkten verschlechtert worden.

Für den Wohnungsbau wurde nach den Verheißungen der Regierungserklärung die Aufnahme einer Anleihe in Aussicht genommen. Die große Wohnungsbauleihe kam nicht zustande; Tausende und Abertausende von Bauarbeitern sind arbeitslos.

Herr Wisell wandte sich gegen das Reichsarbeitsgerichtsurteil über die Tariffähigkeit der Selben. Er erzwang eine schnelle gesetzliche Regelung der Frage der Tariffähigkeit. Er „erwägt“ noch immer. Er erwägt auch immer noch, wie die gewollte Tariffähigkeit unmöglich gemacht werden soll.

So hat die Sozialdemokratie in allen großen sozialpolitischen Fragen die Zügel am Boden schleifen lassen.

Am allermeisten wohl im Kampf um die Arbeitslosenversicherung, trotzdem er der äußere Anlaß zum Bruch der Regierungskoalition war. Wären Wisell und Hilferding auf dem Posten, vor allem: wären sie auch nur halbwegs einig gewesen, dann hätte die Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht in ihre schlimme Lage kommen können. Nach großen sozialpolitischen Leistungen, wie sie die amtliche Sozialpolitik unter Dr. Brauns aufzuweisen hatte, forschte man die Amtszeit Wisells vergeblich durch. Er ist alles andere, nur kein Führer gewesen. Nicht das machen wir Wisell zum Vorwurf, daß er dieses oder jenes nicht erreichte; auch ein wirklicher Führer hätte nicht all die weitgehenden Versprechungen der Regierung Müller-Wissell in Taten umgesetzt. Freilich wäre ein wirklicher Führer auch vorsichtiger im Versprechen und gewissenhafter im Halten von Versprechungen gewesen. Daß Wisell aber überhaupt nicht zu führen versuchte, daß er immer nur prüfte, ermog, wartete und zauderte, das ist Schuld und Verfehlung gegen die Interessen der Arbeiterschaft.

Ueber die Arbeitsdauer in der italienischen Textilindustrie

Die Bestimmungen der Arbeitszeitbedingungen für die italienische Wirtschaft haben bezüglich der Textilindustrie zu irrtümlichen Auslegungen geführt, die durch einen neuerlichen Erlaß des Arbeitsministers beseitigt werden sollen.

Die allgemeinen Bestimmungen fügen die Textilindustrie derjenigen Gruppe von Industrien ein, die unter bestimmten saisonmäßigen und technischen Sonderheiten stehen. Die in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter dürfen mehr als acht Stunden am Tage oder achtundvierzig Stunden in der Woche arbeiten. Der oben erwähnte Erlaß bestimmt, daß eine Unterscheidung unter den Textilarbeitern zu machen ist, je nachdem sie in der Färberei, Druckerei, Bleicherei oder Appretur oder mit andern Arbeiten beschäftigt sind. Für die erste Gruppe kann dann eine Verlängerung der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit erfolgen, wenn die Notwendigkeit durch Saisoneinflüsse hervorgerufen wird, in der zweiten, wenn die an den Betrieb gestellten Leistungen, z. B. hoher Auftrags-eingang, über die Normalkraft der technischen Einrichtungen gehen. In beiden Fällen darf aber nur während einer Dauer von drei Monaten eine wöchentliche Leistung von 60 Stunden verlangt werden, so daß eine Durchschnittsleistung von 48 Wochenarbeitsstunden im Jahre erreicht wird.

Dr. d. W.

logar als Schwäche erscheint, ist andererseits auch wieder vorteilhaft und Stärke.

Die jetzigen Wahlen fallen in eine Notzeit. Die wirtschaftliche Not ist dadurch verschlimmert worden, weil großen Parteien der Mut zur Verantwortung fehlte und ihnen Agitation höher stand als Verantwortung. Der vorzeitige Reichstagswahlkampf, der neue Gräben zwischen Parteien, Ständen und Schichten aufreißt, ferner viel Geld kostet und die wirtschaftliche Befundung hinausögert, ist eine Ursache des erwähnten Mangels an Mut zur Verantwortung. Mut zur Verantwortung ist aber die erste Voraussetzung für wirtschaftlichen Wiederaufstieg. An der wirtschaftlichen Befundung sind nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern ist die gesamte Arbeitnehmererschaft interessiert. Der gegenwärtige Wahlkampf bringt neben den unerwünschten und unangenehmen Erscheinungen auch gleichzeitig mehr Klärung in wichtigen Lebensfragen unseres Volkes. Er wird, weil er besonders den Gesichtspunkt der Verantwortung, die die Parteien dem Gesamtvolk gegenüber haben, in den Vordergrund rückt, aller Voraussicht nach in weiteren Kreisen der Arbeiterschaft die Einsicht in die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten Regierungsmehrheit stärken. Des weiteren hat der Wahlkampf die einseitige starke Bindung der freien Gewerkschaften an die Sozialdemokratische Partei mit aller Klarheit aufgezeigt. Damit ist der Weg für die christlichen Gewerkschaften auch in Zukunft festgelegt. Dieser Weg kann nur auf der Bahn der jetzigen bewährten Grundzüge weiterführen.

Süddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft

Die süddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft erstattete auf ihrer Genossenschaftsversammlung in Heidelberg den Bericht über das 44. Geschäftsjahr 1929. Am Schluß des Berichtsjahres waren 1744 Betriebe mit 197 840 Beschäftigten versichert (1928: 1618 Betriebe mit 181 621 Versicherten). Die starke Zunahme an Betrieben und versicherten Personen erklärt sich durch die Anfang 1929 erfolgte Auflösung der Seiden-Berufsgenossenschaft, von der 121 Betriebe mit 17 990 Versicherten übernommen wurden. Nach dem Lohnnachweis erhielten 176 363 Bollarbeiter an Löhnen 304 085 461.— RM. ausgezahlt, der Jahreslohn betrug also 1725.— RM. für einen Arbeiter, das ergibt einen Monatsverdienst von 143,75 RM.

Es gingen 4985 (1928: 4027) Unfallmeldungen ein, davon waren 499 entschädigungspflichtig, 26 (21) Verletzungen hatten den Tod zur Folge. Auf die übernommenen Seidenbetriebe entfielen 24 erstmals entschädigte Unfälle und 5 Todesfälle. Interessant ist die Zusammenstellung der Unfallursachen, die erstmalig entschädigt wurden.

Unfall-Ursachen:

	1929	1928
In der Gefährlichkeit des Betriebs liegende Ursache	141	142
Ungeklärtheit und Unachtsamkeit	70	84
Handeln wider bestehende Vorschriften oder erh. Anweisungen	51	54
Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen	21	25
Mangelhafte Betriebs- oder Schutzvorrichtungen	10	13
Nichtbenutzung oder Beseitigung vorh. Schutzvorrichtungen	7	1
Nicht zu ermittelnde Ursachen und Zufall	5	14
Fehlen von Schutzvorrichtungen und Unachtsamkeit der Arbeiter zugleich	3	9
Fehlen von Schutzvorrichtungen	3	5
Keine oder ungenügende Anweisung	1	—
Leichtsin	1	3
Ungeeignete Kleidung	1	—
	314	350

Bei den Betriebseinrichtungen, bei denen sich die Unfälle ereigneten, stehen Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen mit 128 Fällen an der Spitze, dann folgen Fall von Leitern, Treppen, aus Luken, in Vertiefungen, auf ebener Erde 71 mal, an dritter Stelle stehen

überfahren durch Fuhrwerk, Absturz von Wagen und Karren aller Art mit 38 Fällen. Die übrigen 77 Fälle verteilen sich auf Zusammenbruch, Einsturz, Herab- oder Umfallen von Gegenständen, feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, Auf- und Abladen von Hand, abspringende Splitter und sonstige Betriebseinrichtungen.

Unter den 499 Unfällen sind 96 Wegeunfälle gegenüber 72 im Jahre 1928, also sind sie von 15 Prozent auf beinahe 20 Prozent gestiegen. Von den 26 Todesfällen ereigneten sich 10 auf dem Wege zur und von der Arbeit, unter den 10 tödlichen Wegeunfällen sind bei 8 Fällen Kraftfahrzeuge beteiligt. Es wäre sehr interessant, wenn einmal festgestellt würde, wieviel Unfälle sich auf dem Hinweg und wieviel sich auf dem Rückweg ereignen.

Nach dem Jahresbericht wurden 1251 Betriebe ohne vorherige Anfrage im Besonderen der Betriebsunternehmer und der Betriebsvertretung revidiert. Bei Werken, in denen ein Betriebsrat fehlte, wurden ältere Arbeiter zugezogen. Es waren 2586 Beanstandungen notwendig. Gegenüber der Betriebszunahme ist keine Steigerung da, 1928 waren es 2490. Die Beanstandungen betrafen bei Kraftmaschinen die Umwehrgang an den Motoren, an elektrischen Anlagen, daß die Räume hinter den Schalttafeln nicht freigehalten, dann die in vielen Betrieben noch gebräuchlichen, unvorschriftsmäßigen elektrischen Handlampen. An Behältern wurde öfter das richtige Einstellen der Schützenangorrichtung, als das Fehlen derselben beanstandet. Die Durchführung der „Unfallverhütungsvorschriften“ wurde in 270 Fällen gerügt. In 7 Fällen gab die Betriebsvertretung Anregung zur Anbringung von Schutzvorrichtungen, nach dem Bericht wurde in allen Fällen von der Betriebsleitung die Anregung ausgeführt. Wegen einiger Schutzvorrichtungen setzte sich die Genossenschaft direkt mit den einzelnen Firmen in Verbindung.

Sehr zu begrüßen ist, daß in vermehrtem Umfange von den Betrieben besondere Warnungsschilder angebracht werden. Diese betreffen hauptsächlich das Verbot an laufenden Maschinen, kurze Hinweise zur Verhütung von Unfällen und das sofortige Melden von Verletzungen. Der amtliche Bericht hebt hervor, daß in verschiedenen Betrieben ein gutes Zusammenarbeiten der Unternehmer und Betriebsvertretungen, besonders in Unfallverhütungsfragen, herrschte. F. K.

man die Beiträge der Mitglieder, welche unter einem gewissen Prozentsatz von Krankheitstagen bleiben, diesen zuzuschreiben, verzinst und später wieder zurückzahlt.

Herr Dr. Dossauer vertritt sich davon eine starke erzieherische Wirkung und wesentliche Ersparnisse.

Jedenfalls wird die Praxis zeigen, daß die scharfen Bestimmungen der Rotverordnungen nicht auf die Dauer haltbar sein können, und die Freunde der Sozialversicherung werden sich deshalb bemühen müssen, recht bald Verbesserungsversuche zu machen.

Die jetzige Verordnung will die Ersparnisse ausschließlich an den Arbeitern resp. Versicherten machen, das wird sich nicht durchführen lassen und eine Änderung erforderlich machen.

Unser Jahrbuch 1930

„Eine Fundgrube für den Volkswirtschaftler.“ So wurde unser Jahrbuch von einem akademisch gebildeten Volkswirtschaftler auf der Verbandsgeneralversammlung bezeichnet. Mit Recht. Es birgt tatsächlich in seinen Blättern eine Fülle des interessantesten Materials. Wir bekommen durch dessen Studium einen Einblick in Umfang, Bedeutung und Entwicklung der gesamten Textilindustrie und deren einzelnen Branchen; über Beschäftigungsgrad, Rentabilitäts-, Konzentrations- und Preisbewegung in der Textilindustrie; über die Entwicklung des Außenhandels, der Löhne und der Lebenshaltungskosten. Wir erfahren die 1929 eingetretenen Neuerungen in der Sozialversicherung und werden eingeführt in die auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens getroffenen Maßnahmen.

Besonders wertvoll ist der Einblick in das Verbandsleben und -streben, den das Jahrbuch vermittelt. Da wird uns dargelegt die Entwicklung der Mitglieder- und Kassenverhältnisse in Verband, Bezirken und Ortsgruppen. Wir erfahren, was der Verband im Unterstützungswesen geleistet hat. Die Berichte der einzelnen Abteilungen an der Verbandszentrale geben uns Aufschluß über die vorjährigen Lohn- und Tarifbewegungen und deren Erfolge; über die tariflichen Stundenlöhne der Fach- und Hilfsarbeiter sowie über die Regelung der Arbeitszeit und der Ferien, ferner über die Tätigkeit der Betriebsräte und über das Resultat der veranstalteten Erhebungen über die Fabrikbefragungen und über die Verhältnisse in der Tuchindustrie. Wir erfahren, was der Verband auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Bildungsarbeit geleistet hat und welche Bedeutung dem Verbandsorgan und dem „Textilarbeiterführer“ zukommt. Ebenso werden wir informiert über die Arbeiterinnen- und Jugendbewegung im Verbands- und über die auf den Gebieten geleistete Arbeit. Dabei vermitteln diese Berichte oftmals noch wertvolle Winke und Anregungen.

Das Jahrbuch schließt ab mit den inhaltsvollen Berichten der einzelnen Bezirksleitungen über die Entwicklung des Verbandes und über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Verbandsbezirken. Es gibt somit ein abgerundetes Bild über die Lage und die Verhältnisse in unserer Industrie und im Verbands- und Tabellenwerk oftmals durch interessante Schaubilder wirksam ergänzt.

Um den Mitgliedern die Anschaffung des Jahrbuches zu erleichtern, wird es zum Preise von 1.— M. und damit erheblich unter dem Selbstkostenpreis abgegeben. Das Buch darf zunächst in keiner Ortsgruppen- und Kartellbibliothek fehlen. Auch die männlichen und weiblichen Jugendgruppen und die weiblichen Arbeitsgemeinschaften sollten es sich unbedingt beschaffen. Ferner ist jedem interessierten und strebsamen Verbandsmitglied, insbesondere den in der Verbandsarbeit stehenden Kolleginnen und Kollegen, die Anschaffung des Jahrbuches warm zu empfehlen. Möge es darum in Verbandskreisen recht viele Freunde finden.

Orts- und Jugendgruppenvorstände! Entfaltet eine rege Propaganda für den Vertrieb des Jahrbuches.

Um die Krankenversicherungs-Novelle

Zur Krankenversicherungs-Novelle wird uns geschrieben:

Aus meiner länger als 50jährigen Erfahrung in Krankenkassenangelegenheiten möchte ich schließen, daß die Krankenkassen-Novelle nach den Rotverordnungsbestimmungen nicht gut aufrechterhalten werden kann.

Ich will zunächst nur die Bestimmung zu § 182 a anführen, in dieser heißt es:

„Bei der Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Reichspfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten, an die abgebende Stelle zu zahlen, enthält das Verordnungsblatt mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu zahlen.“

In einfachen Krankheitsfällen, deren Verlauf ein normaler ist, wird der Versicherte wohl mit 50 Reichspfennig Kostenanteil durchkommen, wenn aber das Krankheitsbild sich rasch ändert und der Arzt gezwungen ist, neue Vorschriften zu geben, kann es leicht vorkommen, daß innerhalb drei Wochen etwa 6 Rezepte verpreschrieben werden, das würde dem Kranken einen sechsmaligen Ko-

stenbeitrag von je 50 Reichspfennig, also 3.— RM., Zuzahlung auferlegen, obwohl es sich nur um eine einfache Erkrankung, die mit leichten Mitteln zu beheben ist, handelt.

Eine solche Belastung des Versicherten müßte umso stärker wirken, weil das Krankengeld durch die neuen Vorschriften doch eine außerordentlich einschneidende Verminderung erfährt. In manchen Fällen werden bei 11 Krankheitstagen anstatt bisher RM. 32.— nur noch RM. 12.— Krankengeld gewährt. Gehen von diesen auch noch die Kosten für den Krankenschein und obiger Zuzuschuß für Heilmittel ab, so bleiben bei 11tägiger Krankheit für den Versicherten nur RM. 8,50 übrig, das sind keine 80 Reichspfennige pro Tag.

Die Härten der Neuregelung der Krankenversicherung werden sich bald in der Praxis zeigen und deren Abänderung unabwendbar machen. Die Novelle ist eben doch etwas zu einseitig nach den Vorschlägen der „Arbeitgeberverbände“ (oder des Sozialisten, Herrn Lehmann? Die Schriftlich.) gemacht. Vielleicht hätte man besser getan, den Ratschlägen des Herrn Professor Dr. Dossauer, M. d. R. (siehe dessen Schrift Kooperative Wirtschaft, Verlag von Friedr. Cohen, Bonn, 1929, Seite 105), zu folgen, welcher empfiehlt, Ersparnisse im Krankenversicherungswesen dadurch herbeizuführen, daß

hens und Sachsens. Besonders scharf trat der sächsische Minister des Innern und Ministerpräsident, der Unabhängige Richard Lipinski, im Herbst 1921 gegen den Beamtenstreik auf: „Ein solches Recht hat der Beamte nicht und kann es nicht haben.“ Und mit der Ueberheblichkeit eines Diktators erklärte Lipinski einige Monate später im sächsischen Landtag: „Im Staate kann keine Regierung Widerstand dulden, weder unterirdisch noch überirdisch.“ Die Sozialdemokratie hatte sich auch in diesem Punkte völlig gewandelt und überschlug sich förmlich in Maßnahmen gegen Streiks; siehe Einrichtung der technischen Nothilfe. Diese Vorgänge zeigen, wie die Sozialisten in skrupelloser Weise dem Personal Rechte zusprechen, ohne an ihre Erfüllung auch nur zu denken. Ein demagogisches Meisterstück sondergleichen!

Die sozialistische Wandlungsfähigkeit zeigte sich auch in der Beamtenpolitik im allgemeinen. Als nach dem Umsturz viele Sozialdemokraten in Staats- und Gemeindegämtern kamen (nach einer Schätzung sitzen jetzt rund 150 000 ausgesprochene Anhänger der Sozialdemokratie auf teilweise fetten Amtposten), war die Stellung der Partei eine ganz andere wie früher. Jetzt wird die Wichtigkeit des Beamtenstandes anerkannt und hervorgehoben, und hinsichtlich der Gehaltsbezüge und der Stellenbewilligung gibt es von dieser Seite keine Schwierigkeiten. Ja, bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung betrieben sozialdemokratische Abgeordnete die besonders hohe Sinaufhebung der Präsidenten der Landes- und Arbeitsämter in bezug auf Stellung und Gehalt. Und früher? Der sozialdemokratische Abgeordnete, Zigarrenfabrikant Antrik (Berlin), erklärte seinerzeit: „Für die Fortentwicklung unseres Volkes und der Kultur sind allein die Arbeiter von Bedeutung; unser ganzes Beamtenheer, vom Minister bis zum Nachwächter, dagegen ist vollständig überflüssig.“ In der sozialdemokratischen „Frankfurter Tagespost“, Nürnberg, vom 14. November 1913 ist dargelegt, daß die Partei prinzipiell die lebenslängliche Anstellung der Beamten verneine und dagegen sei; die Beamten könnten auf Dienstvertrag angestellt werden. Das war kurz vor dem Kriege, zu einer Zeit, in der die

Sozialdemokraten die Leute, die Beamtenfragen objektiv gegenüberstanden, als „Volksverräter“ schimpften. Und jetzt!

Aber selbst den Kapitalisten machte die Sozialdemokratie nach der Staatsumwälzung Konzessionen. Der Dogmatiker der Partei entschuldigte 1921 in der Zeitschrift „Die neue Welt“ deren Dasein, und aus „den Blutaugern der Arbeiterklasse“ wurden Arbeiter „zur Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses“ und wichtiger ökonomischer Funktionen. Von Mitgliedern und Abgeordneten der Sozialdemokratie ist wiederholt betont worden, daß es nicht möglich sei, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben und auf die Konsumsteuern zu verzichten. Der Abgeordnete Simon (Franken) äußerte sich auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 sehr unzufrieden und erklärte: „Je weiter man sich vom November 1918 (der Zeit der Besitzergreifung der staatlichen Macht durch die Sozialisten) entfernt, um so stärker wird der Einfluß des Kapitals.“

Für politische Zuverlässigkeit hat die sozialdemokratische Partei einen durchschlagenden Beweis keinesfalls erbracht. Die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft ist vor ihr gewarnt; sie läßt sich durch erneute Wahlversprechungen nicht irre führen, zumal, wie diese Abhandlung zeigt, für ihre Erfüllung nicht die geringste Gewähr geboten ist. C. Sch.

Allgemeine Rundschau

Die Millionenbeihilfe der freien Gewerkschaften für die Sozialdemokratie.

In der Nummer vom 13. August der „Freien Gewerkschaft“, dem offiziellen Mitteilungsblatt des Ortsausschusses Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (freie Gewerkschaften), lesen wir: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei eine Million Reichsmark überwiesen. Die Gewerkschaften, auch die örtlichen, müssen das übergeben.“

Diese eine Million Reichsmark stammt aus den Gewerkschaftsbeiträgen der Mitglieder, auch der Mitglieder, die sich noch christlich nennen und vorgeben, daß die wirtschaftliche Inter-

essenvertretung durch die freien Gewerkschaften nichts mit Politik zu tun habe.

Bericht über die neunte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Maler.

In den Tagen vom 3. bis 5. August hielt der Zentralverband christlicher Maler in Königswinter seinen neunten Verbandstag ab.

Den Geschäftsbericht erstattete Hans Berghoff, Düsseldorf. Er schilderte die Entwicklung des Verbandes und gab Rechenschaft über die in der Berichtszeit geleistete Arbeit. Der Verband hat eine erfreuliche Mitgliederentwicklung aufzuweisen, die in Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse hoch zu bewerten ist. Die Zahl der Lehrlinge ist außerordentlich hoch. Der Beruf ist überfüllt, daher auch die große, in den letzten Jahren fortwährend gestiegene Arbeitslosigkeit. Die Lohnverhältnisse sind durch Tarifverträge geregelt, an denen der Verband überall beteiligt ist.

Der zweite Verhandlungstag brachte einen Vortrag von Hans Huber über „Die soziale und gewerbliche Lage der Malergehilfen“. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde einstimmig Hans Berghoff, Düsseldorf, gewählt. Zu Beginn des dritten Tages hielt Anton Senke einen Vortrag über die Jugendbewegung.

Ihren Abschluß fand die Tagung durch einen Vortrag von Prof. Dr. Brauer über das Thema: „Handwerk und gewerkschaftliche Eigenwertigkeit“. Seine Darlegungen gipfelten in der Feststellung, daß die guten Kräfte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in Gemeinschaft um den Aufstieg des Handwerks bemühen müßten, welches in der deutschen Volksgemeinschaft eine besondere Mission zu erfüllen habe.

Bildungslehrgang.

Am 1. Oktober d. J. beginnt der neue Fernunterrichtskursus der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin-Charlottenburg, Spandauer Chaussee 33, Schloß Ruhwald. Es ist dringend zu empfehlen, daß sich die jüngeren Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung daran beteiligen und sich diese Bildungsmöglichkeit nicht entgehen lassen. Der Fernunterricht ist erfahrungsgemäß ein gutes Mittel, um den jungen Gewerkschaftler auf staatsbürgerlichem, sozialpolitischem, volkswirtschaftlichem und arbeitsrechtlichem Gebiete eine Weiterbildung zu geben. Die Kosten betragen monatlich 2.— RM. und können arbeitstagen und wirtschaftlich besonders schlecht gestellten Teilnehmern auf Antrag erlassen werden. Baldige Anmeldungen sind zu richten an die oben angegebene Anschrift der Schule.

Aus unserer Jugendbewegung

Ausflug der weiblichen und männlichen Jugendgruppen nach Stegl.

Am 13. Juli 1930 unternahm die beiden Lobbericher Jugendgruppen einen Ausflug nach Stegl zur Besichtigung des dortigen Missionshauses. Unter Führung des Kollegen Steiger und der Kollegin Kappels (Krefeld) führten wir, ungefähr 25 Kolleginnen und 20 Kollegen, mittags mit der Bahn nach Krefeld. Auf Schusters Kappen marschierten wir weiter bis Stegl. Mit Sang und Klang zogen wir der holländischen Grenze zu. Mit einem Sammelpaß ging der Grenzübergang schnell von holländischer Seite nach Stegl. Rechts von der Grenze sahen wir das herrlich gelegene Männerkloster „Des Velt“, welches zu der holländischen Stadt Venlo gehört. Jetzt wanderten wir an herrlichen Tannenwäldern vorbei der Stadt Krefeld zu. Hier fiel uns sofort die Industrie der Dachziegel und Kofenwerke auf. In der Ferne grühten uns schon die Türme des Steglers Klosters. Unter kräftigem Gesang marschierten wir durch Tegelen. Alle Türen und Fenster gingen auf, um dem fremden Gesang zu lauschen. Besonders schön zu sehen waren die großen, blühenden Rosenbeete der holländischen Baum- und Kofenzüchter. Endlich standen wir vor der Klosterporte. Wir wurden von einem Lobbericher Bruder an der Klosterpforte empfangen. Nach einer kleinen Stärkung im Café Engels erhielten wir einen Führer, welcher uns zunächst durch die schönen Gärten des Klosters führte. Nach der Besichtigung der Gärten wurden die einzelnen Klöster besichtigt. Als letzte von den Sehenswürdigkeiten des Klosters wurde das Museum besichtigt. Nach einem frischen Trunk ging es dann mit fröhlichem Gesang wieder der Heimat zu. Alle schieden voneinander in dem frohen Bewußtsein, einen schönen Tag verlebt zu haben.

Reinhold Tsch.

Jugendtreffen in Nieukerk.

Am Sonntag, den 17. August 1930, versammelte das Sekretariat Krefeld seine Jugendgruppen zu einem Jugendtreffen in Nieukerk. Trotz der an den Vortagen herrschenden ungünstigen Witterung hatte sich an dem Tage doch eine große Anzahl junger Textilarbeiter und -arbeiterinnen zusammengefunden. Und der Himmel hatte ein Einsehen. Schönstes Sommerwetter lagte über den niederländischen Fluren und schuf so eine gute Voraussetzung für ein gutes Gelingen des Tages.

Frühmorgens entfaltete sich auf dem Bahnhofsvorplatz in Nieukerk ein Bild frohbelebten Lebens. Die einzelnen Jugendgruppen, die teils mit der Bahn, teils per Automobilbus aus den verschiedensten Orten eintrafen, formierten sich mit ihren schmucken Wimpeln zu einem stattlichen Zuge, der unter Gesang durch den Ort zur Kirche zog. Hier wurde von den Jugendlichen in einem feierlichen Hochamt ihrer religiösen Pflicht genügt.

Nach einem Spaziergang durch das nahegelegene Bruch traf man sich zu einer kurzen Begrüßungsfeier im Saale von Engemanns. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Nieukerk, Wilhelm Gerbecks, begrüßte hier in herzlicher Weise die erschienenen Jugend. Er wünschte der Tagung den allerbesten Erfolg und der Jugend ein frohes Gelingen ihres Tages. Kollege Köpplers, Krefeld, dankte im Namen der Jugendlichen für die freundliche und gastliche Aufnahme, um dann, nachdem noch einige ältere Mitglieder der Ortsgruppe Nieukerk ihrer Freude Ausdruck gegeben und weitere herzliche Begrüßungsworte gesprochen hatten, der Jugend und ihrer Fröhlichkeit freie Bahn zu lassen. Lied um Lied stieg aus den jugendlichen Kehlen, und die Zeit bis zur Einnahme des Mittagessens war bald verflogen. Mit dem gefundenen Appetit der Jugend wurde dann das Mittagessen eingenommen.

Wiederholte Bemerkungen: Die Besichtigung der Krefelder Jugendgruppen war ein Ausflug ins schön gelegene Voigteier Sommerlokal gewidmet. Unter Vorantritt einer Musikkapelle marschierten die Gruppen zu dem etwa eine Stunde entfernten Lokal. Hier angelangt, nahm nach kurzen, einleitenden Worten der Vorsitzenden der Jugendgruppe Nieukerk, Kollege Heintz, das Wort. Er sprach über die Notwendigkeit und die Aufgaben der Jugendgruppen, und führte sinngemäß etwa folgendes aus: Die Jugend hat es sich zur Aufgabe gemacht, das stolze Gebäude des Verbandes, das von den Vätern errichtet wurde, zu erhalten und immer weiter auszubauen. So soll das Jugendtreffen mit ein weiterer Baustein zu diesem Gebäude sein, aber auch ein Markstein unserer Jugendarbeit. Es soll mit dazu beitragen, die Jugend immer mehr und mehr von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu durchdringen und zu überzeugen. Die Jugend soll erkennen lernen, daß die Gewerkschaft es ist, die der Arbeiterschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schafft. Dazu ist notwendig unablässige Bildungsarbeit in den einzelnen Gruppen. Zum Schluß ermahnte er die Jugend, so weiter zu arbeiten und zu streben, und am Ausbau der Jugendbewegung unseres Verbandes mitzuhelfen. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Im folgenden Tag folgte der Besichtigung der Jugendgruppen, Wilhelm Köpplers, Düsseldorf. In treffender, der Jugend angepaßter Ausführungen sprach er über die Aufgaben und Ziele unserer Jugendbewegung und den Sinn und Zweck der Jugendtreffen überhaupt. Auf die Verhältnisse in Nieukerk besonders eingehend, sprach er vom alten Gründergeist, der hier noch lebendig und der heute wieder notwendig sei als je. Die Tradition der Bewegung am Orte spiegelt sich wider in der Jugendbewegung, die ebenfalls vom rechten Geiste getragen ist. Seine Ausführungen fanden ebenfalls lebhaften Beifall.

Kurz sprachen dann noch Arbeiterinnensekretärin Kollegin Kappels, Krefeld, und der erste Vorsitzende der Ortsgruppe Krefeld, Kollege Wilhelm Busch. Dann aber kam die Freude zu ihrem Recht. Darbietungen der weiblichen Jugendgruppen Nieukerk und Krefeld, Vorträge einzelner Kolleginnen und Kollegen, und fröhliche Lieder wechselten miteinander ab. In den Gartenanlagen entwickelte sich gleichfalls ein fröhliches Treiben. Die Leitung der Ortsgruppe Nieukerk, wie auch die Jugendgruppen, hatten für allerlei Unterhaltungsspiele auf das reichste gesorgt und nichts unterlassen, um der auswärtigen Jugend den Aufenthalt so angenehm wie eben möglich zu machen. Die Zeit verging schnell, und mit Bedauern sah man die Stunde des Abmarsches wieder heranrücken. In geistlichem Zuge mit klingendem Spiele ging es zurück zum Bahnhof Nieukerk.

Hier sprach in Vertretung des Sekretariatsjugendobmanns der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe Krefeld, Kollege Rappaport, der Ortsgruppenleitung Nieukerk und allen Jugendlichen den herzlichsten Dank für ihre Mühe und Arbeit, die zu einem großen Teil mit zum Gelingen des Tages beigetragen hätten, aus. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde der Zug aufgelöst und heimwärts ging es mit dem Bewußtsein, einen Tag erlebt zu haben, der in der Geschichte der Jugendbewegung des Bezirkes in steter Erinnerung bleiben wird.

Berichte aus den Ortsgruppen

Textilarbeiterbildung in Steinfeifersdorf.
In den Tagen des 23. und 24. August fanden sich im Ferienheim der evangelischen Arbeitervereine in den ruhigen Steinfeifersdorf 18 junge Textilarbeiter aus allen Teilen des schlesischen Bezirkes zu einem allgemeinbildenden Lehrgang zusammen. Die Einrichtung der Vierwöchentlichen des Gesamtverbandes erfordert nicht nur eine sorgfältige Auslese der zu entscheidenden Teilnehmer, sondern verlangt auch von diesen ein planmäßiges Selbststudium, um dann den Anforderungen eines solchen Lehrganges gewachsen zu sein.

Dieser beiden Tatsachen wollte unser Wochenendkursus gerecht werden. Darauf war die Vortragsfolge eingestellt. Ein früherer Kursteilnehmer, Kollege Thiel, Langenbielau, hielt einen einleitenden Vortrag über das Thema: Was verlangt ein Vierwöchentlichenkurs vom Kursteilnehmer. In anschaulicher Weise verstand es der Redner, seine jungen Zuhörer in die Arbeitsweise eines Vierwöchentlichenkurses einzuführen, ihnen aber auch Ratschläge zu geben, wie man erfolgreich einen solchen besucht. Weiter sprach Kollege Kleinwächter, Langenbielau, über: „Wirtschaftliche Grundbegriffe“. Zweck dieses Vortrages war es vor allem, die Teilnehmer zum Selbststudium wirtschaftlicher Fragen und Begriffe anzuregen. So wurde ihnen nach Erläuterung der hauptsächlichsten Begriffe Einblick gegeben in den Aufbau und das Wesen wirtschaftlicher Statistiken und Zahlen. Das hier Vorgetragene konnte nach Eintritt der Dunkelheit durch einen Bildbandstreifen der Reichszentrale für Heimatdienst vertieft werden. Als dritter Redner war Kollege Weida, Neustadt, vorgesehen, der den Einblick in Sozialpolitik und Sozialversicherung gab. In großen Zügen wurde die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen erörtert. Auf die einzelnen Zweige der Sozialversicherung eingehend, zeichnete Kollege Weida besonders heraus die Krankenversicherung und ihre Änderungen, bedingt durch die Notverordnung der Regierung. Gerade diese letzten Ausführungen fanden besonderes Interesse der Zuhörer und waren für diese wertvolles Rüstzeug. Damit waren die Beratungen des ersten Tages erschöpft. Dennoch blieben die Teilnehmer noch eine Weile in froher Geselligkeit beisammen.

Regierungsparteien

Jahr	S.P.D.	Dem.	Zentr.	Bauw.	V.P.	Wirtsch.	D.N.L.	Ch.H.	Jahr
1919									1919
1920									1920
1921									1921
1922									1922
1923									1923
1924									1924
1925									1925
1926									1926
1927									1927
1928									1928
1929									1929
1930									1930

Die Regierungsparteien seit 1919.

Als einzige Partei war ohne Unterbrechung seit dem Mai 1919 der Reichstag an der Regierung. Bis zum September 1922 regierte es zusammen mit der Sozialdemokratie und den Demokraten, dann aber bis zum Jahre 1928 statt mit den Sozialdemokraten mit der Volkspartei, der sich zweimal auch die Deutschnationalen anschlossen. Das Kabinett Brüning ist das 17. Kabinett seit Bestehen der Weimarer Republik. Das vorher bestehende Kabinett Müller war das erste Kabinett der großen Koalition (die sich von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei erstreckte), das sich behaupten konnte, das aber auch am längsten regierte von sämtlichen bisher regierenden Kabinetten der Republik. Die Beteiligung der Demokraten an den verschiedenen Regierungen war nicht immer so bindend wie die des Zentrum, da sie von 1924 bis 1927 zeitweise nur durch den Reichsminister Geiler vertreten waren.

Am nächsten Tage folgte nach gemeinsamem Kirchgang der Schlußvortrag des Bezirksleiters Kollegen Jungnickel, Nienburg über das Thema: „Der Gewerkschaftsgedanke“. In ausführlicher Weise gab der Redner Einblick in Werden und Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, ferner in die Ideenwelt der einzelnen Richtungen, unter besonderer Hervorhebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Auch dieser Vortrag fand wie alle anderen den ungeheuren Beifall der Kursteilnehmer.

So konnte unser Bezirksleiter als Leiter des Kursums am Schluß feststellen, daß die gestellten Aufgaben restlos erfüllt worden sind. Einblicke wurden gewährt, Anregungen zum Selbststudium gegeben. Mit einem Appell an die Teilnehmer, auch draußen in ihren Ortsgruppen treue Kämpfer für den Organisationsgedanken zu sein, an der Ausbreitung unseres Verbandes besonders mitzuarbeiten, wurden wir in die Heimat entlassen. Dankenswerter soll am Schluß noch die gute Bewirtung und Verpflegung, die wir im Heim genossen, erwähnt werden, ferner die Tatsache, daß aufrichtiger Gemeinschaftsgeist alle Teilnehmer bis zum Schluß verband.

Waldborf (Sachsen). Am Sonnabend, den 9. August, hielt die hiesige Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, die besser besucht sein konnte. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Urvon Galka, eröffnete die Versammlung abends 8,30 in Röhlers Gasthaus mit der üblichen Begrüßung. Ganz besonders galt sein Gruß dem Gewerkschaftsführer Kollegen Treppe sowie der Kollegin Frau Anna Fischer aus Dresden. Letztere sprach zunächst über den Werdegang der vom 3.-7. August in Dresden abgehaltenen Verbandsgeneralsammlung, kam dann auf die gegenwärtige Arbeitslosenkrise zu sprechen und erläuterte, wie schlimm die Zustände gegenwärtig sich in Familie und Staat auswirken. Diesen Ausführungen fügte Kollege Treppe besondere Erklärungen hinzu und gab Fingerzeige, wie auch der christliche Textilarbeiterverband mit Hand anlegen kann, um Mittel und Wege mit anzubringen zu helfen, um der großen Arbeitslosigkeit mit entgegenzuarbeiten. Kollegin Fischer gab dann der Versammlung die nötigen Erklärungen über die Einführung einer Invalidenunterstützungskasse. Da hin und wieder Unklarheiten unter den Mitgliedern herrschten, soll im September noch eine Ortsgruppenversammlung einberufen werden, die dann dieses Thema behandeln soll. Alle Mitglieder sollten bei dieser Versammlung zahllos erscheinen. Nach reichhaltiger Aussprache wurde die interessante Tagung geschlossen.

Achtung! Achtung! Ortsgruppenvorstände!

Die neuen Verbandsjahre sind im Druck erschienen. Jeder Ortsgruppenkassierer erhält soviele Stücke der Satzung zugesandt, als die Ortsgruppe Mitglieder zählt. Der Sendung wird der Mitgliederbestand vom 1. Juli 1930 zugrunde gelegt. Die Ortsgruppenkassierer werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Vertrauensleute bei ihrem Rundgang jedem Verbandsmitglied eine Verbandsjahre ausshändigen. Sind zwei oder mehr Verbandsmitglieder in einer Familie, so erhalten diese gemeinsam eine Satzung. Den Mitgliedern lege man die sorgfältige Aufbewahrung der Verbandsjahre ans Herz. Am zweckmäßigsten wird diese ins Mitgliedsbuch eingeheselt.

Mit den Verbandsjahre kommt zugleich ein Merkblatt über die Beitragsleistung

zum Verband. Das Merkblatt ist auf der Rückseite nummeriert. Es soll ins Mitgliedsbuch eingeklebt werden. Am besten benutzt man hierzu die innere Umschlagseite des Mitgliedsbuches. Das Merkblatt soll dem Mitglied ansorgfältig sein, das Buch durch gewissenhafte Erfüllung der Beitragspflicht in Ordnung zu halten. Dann werden ihm bei einem etwaigen Unterstützungsanspruch auch niemals Schwierigkeiten entstehen.

Am besten verbindet man das Einkleben des Merkblattes mit einer Buchkontrolle. Bei der Gelegenheit ist dann gleichzeitig in die am Schluß des Merkblattes vorgesehene Beitragsbuch für das einzelne Mitglied in Betracht kommende Pflichtbeitrag einzusehen. Was unter Pflichtbeitrag zu verstehen ist, ergibt sich aus § 25 Ziffer 2 der Verbandsjahre.

Ortsgruppenvorstände und Vertrauensleute!
Sorgt auch ihr für eine gewissenhafte Durchführung aller Vorschriften über die Beitragspflicht. Ihr erpart dadurch auch selbst, euren Mitgliedern und der Unterstützungsabteilung der Hauptgeschäftsstelle viel Arbeit, aber auch viel Mergel und Verdruß. Die Verbandsleitung.

Bekanntmachung.

Durch wiederholte Bemühungen hat unser Verband erreicht, daß nun auch für den Stadt- und Landkreis Fulda die Textil- und Bekleidungsindustrie (Spinnstoffgewerbe, Berufsgruppe 9) in die Krisenfürsorge einbezogen ist. Ab 1. September kann die Krisenunterstützung gewährt werden. Wir bitten unsere ausgeteerten Mitglieder wie auch diejenigen, die ihre Arbeitslosigkeit auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erworben hatten, alsbald Anträge auf Krisenfürsorge zu stellen. Alles Weitere durch die Geschäftsstelle Fulda, Ohmstr. 26. Dasselbst werden auch noch Anträge auf Ermäßigung der Grundvermögenssteuerzuschläge entgegengenommen.

W. Mayer, Geschäftsführer.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Um Wirtschaft und Volksstaat. — Verantwortungslosigkeit. — Dummheit oder Böswilligkeit? — Verbesserung der Krisenunterstützung. — Theorie und Praxis. — Ein sozialistischer Urteil. — Christliche Gewerkschaften und politische Parteien. — Die Bilanz. — Ueber die Arbeitsdauer in der italienischen Textilindustrie. — Sittendeutsche Textilberufsgenossenschaft. — Um die Krankenversicherungs-Novelle. — Unser Jahrbuch 1930. — Feuilleton: Die Sozialdemokratie vor und nach dem Umsturz. — Allgemeine Rundschau. — Aus unserer Jugendbewegung: Ausflug der weiblichen und männlichen Jugendgruppen nach Stegl. — Jugendtreffen in Nieukerk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Textilarbeiterbildung in Steinfeifersdorf. — Waldborf (Sachsen). Achtung! Ortsgruppenvorstände! — Bekanntmachung. — Inzerate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastr. 7.

In 5 Minuten **„Der Deutsche“** unter Garantie, Auskunft kostenlos. Wir warnen vor wertlosen Nachahmungen. **H. W. Meyer & Co.** Badrath, Hildesheim 3 116 (Kreis Nienburg)

ist die Tageszeitung des christl. Gewerkschaftlers

Weißer Zähne: Chlorodont

Heil- und Wundsalbe als reich heilendes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Wunden, alten, schlecht heilenden Wunden, Krampfadern, Hämorrhoiden. 1 Pfl. 25, 4 Pfl. 45.

Fliessendes, kochendes Wasser aus jeder Wasserleitung!

Jede Temperatur bis 50° Cel. Ohne Montage kinderleicht an jede Wasser- u. Lichtleitung anzuschließen. Für den Betrag von RM. 12,50 liefern wir Ihnen den mehrfach patentierten, absolut betriebssicheren u. gefahrlosen elektr. Heizwasser-Apparat, der Ihnen in 10 Sekunden **Heißes Wasser** liefert. Wasser liefert. Unentbehrlich für jeden Haushalt, für Gewerbe, Ärzte, Chemiker, Friseur etc. Geringer Stromverbr. Vollstärkung. 2 Jahre Garantie. Versand per Nachnahme (Ausland Voreinsendung). **Reformhaus „CITY“, Abteilg. E 68** BERLIN SW 11, 26.

Regenwetter Oelhaut

1 Liter 3,50
3 Liter 9,75
6 Liter 18,75
Spezialhaus f. Regenbekleidung
O. O. MICHEL, Dresden
Mathildenstr. 56

Graue Haare erhalten garantiert in 14 Tagen Jugendfarbe. **Grancl. Schoenle, Augsbürg 2/202** Schließfach 139

Schallplatten auf Teilzahlung!
Neueste elektr. Aufnahmen hiererich an Private gegen 8 Monatsraten. Verg. Sie Katalog gratis. **J. OSTERN** Wiesbaden, Emserstr. 24

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern**
1 Pfund grane, gute, geschlossene, 80 Pfg., 1 - M., halbweiss 1,20 M., 1,40 M.; weisse flaumige, geschlossene 1,70 M., 2 - M., 2,50 M., 3 - M.; feinste geschl. Halbflaum-Herrschafsfedern 4 - M., 5 - M., 6 - M.; 1 Pfund Rupffedern ungeschlossen mit Flaum gemengt, halbweiss 1,75, weisse 2,40, 3 - M.; allerfeinster Flaumrupf 3,50 M., 4,50 M.; Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisliste gratis.
S. Benisch, in Prag XII, Amerika ulice Nr. 710, Böhmen

In den Zahnärztlichen Kabinetten sind die Gerbe aller Säulnerreger. Man hat durch mikroskopischen Beunt festgestellt, daß mehr als 10 verschiedene Bakterien, Koffen, Eptrokokken, Schimmelpilz und Gelpilze in dem Belag der Zahn-Zwischenräume enthalten sind, wenn die Zahnflüche vernachlässigt sind oder unvollkommen ist. Als Folgen sind zu erwähnen: Lieber Mundgeruch, häufiger Zahnbelag und Zahnanfänge, insbesondere Zahnfäule (Karies) und Parodontose. Eine glatte Zahnflüche der Zahnflüche bringt ebenfalls schwer in die Tiefe der Zahn-Zwischenräume ein. Aus dieser Erwägung heraus ist die Chlorodont-Zahnflüche mit geordnetem Borstentyp konstruiert. In Verbindung mit der vornehmten Chlorodont-Zahnflüche ist eine gründliche Reinigung auch in den Zahn-Zwischenräumen möglich, und der Effekt ist schon äußerlich bemerkbar: Offenbarantiger Glanz auch an den Seitenflächen und angenehmer, erfrischender Atem.

An alle Flechtenkranke!
Ich lte jirta 10 Jahre lang an einer hartnäckigen, bösen Flechte. Niemand konnte mich heilen, trotzdem meine Eltern bereits ein Vermögen geopfert hatten. Ich habe mich später durch Selbststudien selbst geheilt und habe vielen Menschen die Lebensfreude wieder gegeben. Jeder Flechtenkranke, d. sich u. ein Heilung lohnt, schreibe mir heute noch einen ausführlichen Brief. **Kramer, Effen-Str., Cräftstr. 21**

Schallplatten!
60 Pfg., 25 cm doppelt, gep. 65 Stk. Mk. 3,30. A. Bergmann, Schallplatten-Vertr. Breslau 194